

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

121 (27.5.1932)

Volkstreu und

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10gepostete Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Belegzeilen weniger und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Restzeilen-Millimeterzeile kostet 10 Pfennig. Die Wiederholung nach Tarif, bei der die Abrechnung des Tagesrates, bei gleichzeitiger Belegung und bei Anrechnung auf den Tarif, ist einwilligend. Bei sonstiger Belegung und bei Anrechnung auf den Tarif, ist einwilligend. Bei sonstiger Belegung und bei Anrechnung auf den Tarif, ist einwilligend.

Untere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern / Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk / Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 1,82 Mark, vierteljährlich 5,46 Mark, halbjährlich 10,92 Mark, jährlich 21,84 Mark. Durch die Post 2,30 Mark. Einzelverkauf 10 Pfennig. Druck und Vertrieb: Karlsruhe i. B., Wahlstraße 28. Fernruf 2020/2021. o. Postfach 1111. Druck: Henschel & Co. B. Baden, Tagblattstraße 12. Redaktion: Karlsruhe i. B., Wahlstraße 28.

Nummer 121

Karlsruhe, Freitag, den 27. Mai 1932

52. Jahrgang

Deutsche politische Schmach

Saalschlacht im preussischen Landtag

Zwischen Nazis und Kozis - Sie wollen das Parlament zur Kaskasche machen

„Gib nur erst acht, die Bestialität wird sich gleich herrlich offenbaren!“
Sausil 1. Auerbachselder.

Die Bestialität hat sich gar herrlich offenbart: 24 Stunden lang haben die SA-Kolonnen des preussischen Landtags, zum Schein nationalsozialistische Landtagsfraktion genannt, so etwas wie Manieren und Disziplin geübt, bis die Präsidialwahl vorbei war und sie — man muß es aussprechen — auf einer übergroßen Vertrauensseligkeit des Zentrums und auf der Scheinrevolutionären Verrätherheit der Kommunisten das Landtagspräsidium in der Tasche hatten. Dann ging der Spektakel los, und er nahm Dimensionen an, die auch den größten Besinnungslosen übersteigen.

Die zweite Sitzung des preussischen Landtags ist auseinandergefallen mit einer Saalschlacht, bei der es drei Schwerverletzte und eine Anzahl Leichtverletzte gegeben hat, an deren Ende der Sitzungsal des Landtags einem Trümmerfeld gleich und einem Anblick bot, der wahrlich als Symbol gewertet werden darf. So sieht das aus, was der Faschismus aus dem Parlament machen will!

Nach sind die politischen Folgen dieses vandalischen Aktes ungemessen. Dagegen bestehen über den Hergang selbst keinerlei Zweifel. Er begann mit einer ungeheueren Provokation der Nationalsozialisten, und wenn auch das kommunistische Verhalten nicht ohne Mißbrauch an der Entwicklung der Dinge ist, so zeigt doch das ganze Vorgehen der Nationalsozialisten, daß sie von ihrer Seite von vornherein auf Provokation angelegt war.

Nach der Erledigung der Präsidialwahl behandelte der Landtag die Festsetzung der Mitgliederzahl einer Anzahl von Ausschüssen und die Ueberweisung verschiedener dringlicher Anträge zur sofortigen Behandlung an diese Ausschüsse. Eine völlig harmlose Angelegenheit, über deren sachliche Erledigung im so weniger Differenzen bestanden, als sie am Vormittag im Kesttenrat zwischen allen Parteien vereinbart worden war.

Stöcklich meldete sich der nationalsozialistische Abgeordnete Freisler zur Geschäftsordnung und verlangte die sofortige Konstituierung des von den Nationalsozialisten schon vor einigen Tagen beantragten Untersuchungsausschusses über die Justiz. Schon an sich war dieser Antrag ein Bruch der Verfahrensregeln, da im Kesttenrat ursprünglich ausgemacht worden war, daß alle Anträge, deren sofortige Behandlung gewünscht wurde, bis 1 Uhr eingereicht sein sollten, tatsächlich aber es schon um 6 Uhr nachmittags ging. Mit diesem Wort hatten die Nationalsozialisten im Kesttenrat das von Freisler mit wilder Pathetik vorgetragene Verlangen erwähnt!

Nach provokierender aber war die Art, wie Freisler seinen Antrag begründete: Er habe eben ein Telegramm erhalten, daß in dem Prozeß gegen die Totschläger von Hunderswagen der Staatsanwalt Zuchthausstrafen von 7—9 Jahren gegen die Täter beantragt habe. Dieser Antrag des Staatsanwalts sei so ungeheuerlich, daß sofort dagegen das Parlament Stellung nehmen müsse. Dies trug er inmitten einer Flut von Beschwörungen der Justiz vor.

Gegen diesen Antrag nahm der sozialdemokratische Abgeordnete Heilmann das Wort. Obwohl er mit geradezu vorwärtiger Nahe und Sachlichkeit sprach und jede Schärfe des Ausdrucks unterließ, wurde seine Rede von den Nationalsozialisten systematisch niedergedrückt. Nach jedem Satz mußte Heilmann minutenlang pausieren. Er führte aus: Die Angeklagten, von denen Freisler redete, hätten den Tod von drei Menschen verursacht, darunter den Tod des Bruders des hier anwesenden Fraktionskollegen Fries-Röhl. Schon dieser Umstand hätte Herrn Freisler zu etwas mehr Zurückhaltung veranlassen sollen (johlendes Gelächter der Nazis). Ueber die Schuld der Täter würde in den nächsten Stunden das Gericht entscheiden. Was aber die Nationalsozialisten hier vom Landtag verlangten, sei ein ungeheurer Eingriff in die Rechtsprechung, in ein schwebendes Verfahren.

Der Nationalsozialist Kube antwortete in einer noch viel wilderen Rede, als sie Freisler gehalten hatte. Um den Welt zu erzittern, genügt es, den Satz niederzuschreiben, mit dem dieser „künftige Ministerpräsident“ seine Ausführungen abschloß: „90 Prozent aller Staatsanwälte verdienen wegen Rechtsbeugung selber auf die Anklagebank gesetzt zu werden.“ Der nächste Redner war der Kommunist Fied. Beim zweiten oder dritten Satz seiner Rede brach der Tumult los. Fied erklärte, daß Kommunisten viel härter bestraft würden als Nationalsozialisten. Uebrigens hätten die Nationalsozialisten die Kommunisten „Femeiduld, Feines!“ Darauf erhoben sich mehrere Arbeitermörder in ihren Reihen. Hierzu riefen die Kommunisten: „Femeiduld, Feines!“ Darauf erhoben sich mehrere Nationalsozialisten und gingen gegen die Rednertribüne vor bis unmittelbar zu Fied hin. Die Kommunisten, die ihren Redner in dieser Situation bedroht glaubten, gin-

gen nun gleichfalls auf die Rednertribüne und stellten sich um Fied auf. Soweit war ihr Verhalten durch die Situation gerechtfertigt. Oben gab es dann eine erregte Schimpferei zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten, in deren Verlauf der Kommunist Fränken aus Rheid dem Nationalsozialisten Finkler einen Schlag versetzte.

Wären die Nationalsozialisten eine disziplinierte und parlamentarische Fraktion, so hätten sie für diesen Uebergriff ohne weiteres parlamentarische Sühne verlangen können, zumal ihnen am Mittwoch das Präsidium zugefallen war. Statt dessen war für sie dieser Vorfall das Signal zur allgemeinen Schlägerei. Die gesamte nationalsozialistische Fraktion von 160 Mann, fast durchweg jüngere und — scheinbar hauptsächlich nach körperlichen Qualitäten ausgesuchte Männer, setzten sich in Bewegung, stürmten über die Bänke der Mittelparteien hinweg auf die Kommunisten zu und schlugen mit allen erreichbaren Gegenständen auf die in hoffnungsloser Minderzahl sich befindlichen Kommunisten ein. Dabei wurden Brustschuttschilde und Kulldeckel, sogar die schweren auf der Ministerstraße stehenden Leberjess, von denen ein halbes Dutzend nachher demostriert im Saal lagen, als Waffen verwendet. Jeder erhielt bei dieser Gelegenheit auch der gänzlich unbeteiligte sozialdemokratische Fraktionssekretär Jürgensen, während er sich bemühte, das Material der Fraktion in Sicherheit zu bringen, durch Wurzelschläge außerordentlich schwere Kopfverletzungen, die seine Ueberführung in das Krankenhaus notwendig machten. Zeitweilig hatte Jürgensen die Besinnung verloren.

Als es den Nationalsozialisten gelungen war, die Kommunisten aus dem Saal zu prügeln, sammelten sie sich und stimmten unter Führung des Abgeordneten Kohje (bekannt durch den Fall Franzen) das Horst-Wessel-Lied an und brachen in Heulrufe aus. Die Mitglieder der anderen Parteien hatten von Scham und Furcht über dieses schmachvolle Vorkommnis erfüllt, nach und nach den Saal verlassen. Sonderners auf das Zentrum machten die Vorfälle tiefsten Eindruck. Vielfach hörte man Zentrumsabgeordnete untereinander die Frage aufwerfen, ob denn auch nur der Gedanke über die Möglichkeit eines Zusammenarbeitens mit dieser verbrecherischen Horde bestehe. Die Sozialdemokratie berief sofort eine Fraktions-sitzung ein, in der die Vorfälle, wie hier dargestellt, durch völlig übereinstimmende Aussagen der Fraktionsmitglieder festgelegt wurden. Die Sitzung wurde durch eine Tagung des Kesttenrats unterbrochen.

Eins steht allerdings fest: Am Mittwoch hat sich der Faschismus im preussischen Landtag in seiner nackten Gestalt der Brutalität gezeigt. Das von Gregor Straker proklamierte „Gaufrecht“ ist von den Nazis dazu ausgereut, das parlamentarische Recht und jede parlamentarische Gefügung zu zerstören. Weiten Kreisen des preussischen Volkes dürften allge-

mach die Augen aufgehen, was sie mit dieser Wahl vom 24. April angerichtet haben.

Entschlußloser Kesttenrat

In der Sitzung des Kesttenrats des preussischen Landtags, die nach der Saalschlacht stattfand, gaben Nationalsozialisten und Kommunisten eine Erklärung ab, daß ihnen an der Klärung der Schuldfrage nichts gelegen sei und daß sie ein Einreisen der Polizei nicht wünschten. Die Sozialdemokraten erklärten, daß sie angesichts der Verwundung des Abg. Jürgensen und des ganzen Tatbestandes sich nicht damit abfinden könnten, daß die Beileideten erklärten, sie seien ohne weiteres Interesse. Eine ähnliche Erklärung wurde vom Zentrum abgegeben. Beschlüsse wurden vom Kesttenrat nicht gefaßt. Der Kesttenrat wird am 1. Juni eine neue Sitzung abhalten, um sich nochmals mit der Angelegenheit zu befassen. Die nächste Plenarsitzung findet am 1. Juni statt.

Erklärung der SPD-Fraktion

Die sozialdemokratische Fraktion des preussischen Landtags beschloß, zu der Saalschlacht im Landtag folgende Erklärung zu veröffentlichen:

„Die sozialdemokratische Landtagsfraktion verurteilt aufs schärfste die brutale Rohheitsorgie, deren Schauplatz am Mittwoch der preussische Landtag gewesen ist und deren Opfer auch ihr völlig unbeteiligter Fraktionssekretär Jürgensen geworden ist. Die Schuld an den blutigen Zusammenstößen tragen in gleichem Maße die Nationalsozialisten wie die Kommunisten, die Nationalsozialisten durch planmäßige Provokationen und Bedrohung des kommunistischen Redners, die Kommunisten durch Führung des ersten Schlags.“

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion protestiert aufs schärfste gegen die Kaufschmanieren der extremen Parteien und fordert unbedingte Sicherstellung der Freiheit und Gewaltlosigkeit der Verhandlungen der Volksvertretung.“

Nazi und Kozis geben „Erklärungen“ ab

Die Nazis

Die nationalsozialistische Fraktion des preussischen Landtags gibt über die Vorgänge in der Mittwochssitzung eine umfangreiche Erklärung heraus. Die kommunistische Partei habe es offenbar auf eine bewusste Provokation der nationalsozialistischen Fraktion abgesehen. Anschließend betont die Fraktion, daß sie durch ihr diszipliniertes Auftreten in der Dienstag- und Mittwochssitzung bewiesen habe, daß sie den preussischen Landtag arbeitsfähig erhalten wolle. Als man aber den Fraktionsgeschäftsführer Finkler ohne jeden Anlaß mitten ins Gesicht schlug, sei der Fraktion nichts anderes übrig geblieben, als zur Notwehr gegen den organisierten schweren Landfriedensbruch der kommunistischen Fraktion zu greifen. Die NSDAP ist entschlossen, nur mit gleichmäßigen Mitteln die Macht und die Verantwortung an sich zu bringen. Wo man ihr

Hetze gegen Brüning

Die Krisenmacher am Werk

Wieder einmal ist in der Reichspressen seit Tagen ein ungeheures Kesseltreiben gegen den Reichskanzler im Gange. Das Ziel ist, durch Einwirkungen auf Hindenburg, die Regierung Brüning zu stürzen.

Der Zug begann mit der Ankündigung, daß Brüning von seinem Amt als Reichswehrminister zurücktreten werde. Sofort witterte man Morgenluft, und seitdem verkehrt kaum ein Tag, an dem Nazis und Deutschnationale den Reichspräsidenten, der gegen sie und trotz ihrer üblen Wahlaktion am 10. April wieder gewählt wurde, nicht um die Entlassung Brüning anflehen. Täglich gehen dem Reichspräsidenten ganze Zeitungsblätter mit gebälligen Angriffen gegen die Regierung Brüning zu und zugleich spielt fortgesetzt der Draht nach Neudeck in der Absicht, das Vertrauen des Reichspräsidenten zu dem Reichskanzler systematisch zu untergraben. Diefem Ziel haben sich neuerdings die Deutschnationalen weitgehend in einem offiziellen Telegramm an den Reichspräsidenten angeschlossen. Sie beschwören Hindenburg, den Reichspräsidenten gegen die Regierung nicht länger zu folgen und die in Aussicht genommenen Maßnahmen des Reichskabinetts nicht zu billigen. Wie Deutschland und seinem Volke schließlich zu helfen ist, macht den Herrschaffen keinen Kummer. Wie immer, so regieren sie auch jetzt alles, ohne den geringsten Rückschlag oder Vorstoß, wie es besser gemacht werden könnte.

Die Auswirkung dieser systematischen Hetze ist im Augenblick noch nicht zu übersehen. Noch können wir uns nicht vorstellen, daß der Reichspräsident ihr auch nur irgendwie nachgeben wird. Aber

darüber muß aus in- und außenpolitischen Gründen schnellstens die notwendige Klarheit geschaffen werden. Aus diesem Grunde dürfte der Reichskanzler den Reichspräsidenten am Sonntag sofort nach seiner Rückkehr aus Neudeck über die gegenwärtige politische Lage und seine Pläne ausführlich Bericht erstatten, und damit zugleich die Vertrauensfrage verknüpfen. Die hässliche Entschädigung über das weitere Schicksal Deutschlands wird damit zugleich in die Hände des Reichspräsidenten gelegt.

Der Reichspräsident fährt am Sonntag von seinem Erholungsurlaub aus Neudeck zurück. Mittags 12 Uhr wird er den Reichskanzler zum Vortrag empfangen. Diese Besprechung wird Klarheit darüber schaffen, ob die Hetze der Rechtsopposition gegen Brüning erfolgreich gewesen ist oder ob der Reichskanzler nach wie vor das uneingeschränkte Vertrauen des Reichspräsidenten besitzt.

Inzwischen ist der Reichspräsident durch seinen Staatssekretär über die nächsten Pläne des Reichskanzlers informiert worden. Im Verlauf dieser Unterredung hat Hindenburg gewisse Änderungen an dem Entwurf der neuen Notverordnung angedeutet, denen die Reichsregierung entsprechen will. In unterrichteten politischen Kreisen schließt man daraus, daß der Reichspräsident keineswegs daran denkt, die neuen Notverordnung nicht gegenzuzeichnen und er in der innen- und außenpolitischen Zielsetzung nach wie vor mit dem Reichskanzler übereinstimmt. Das trifft jedoch keineswegs für das gesamte Kabinett zu. Man rechnet deshalb nicht nur mit einer Ergänzung der gegenwärtigen Regierung Brüning, sondern mit einer Umbildung, bei der Brüning auch als Innenminister nicht mehr in Betracht kommen soll.

aber Gewalt entgegensteht, da ist sie ebenso entschlossen und bereit, unter Ironie und Spott die geistlich zulässigen Notwehr die Gewaltmächtigkeit ihres Handelns sicherzustellen. Das ist um so notwendiger, als nach den Vorfällen von einem sozialdemokratischen Abgeordneten erklärt wurde, das nächste Mal würde die SPD. Pistolen mitbringen.

Die Nazis

Die kommunistische Fraktion gab eine Erklärung zu den Vorfällen heraus, in der sie ausführte: im Reichstagsausschuß habe der Zentrumskoordinator Steger erklärt, die gesamte Zentrumskoalition hätte in ihrer vorausgesetzten Sitzung einstimmig ihre heftige Erregung über das Verhalten der Nationalsozialisten zum Ausdruck gebracht, die die eigentlichen Urheber des Kampfes seien, in dem sie gegen den kommunistischen Redner auf der Tribüne vordrängen, um ihn anzugreifen. Es sei verständlich, wenn die Kommunisten ihnen entgegenritten, um ihren Redner zu schützen. Demgegenüber habe im Reichstagsausschuß der sozialdemokratische Vertreter den Kommunisten die Schuld aufgegeben wollen, mit der Behauptung, ein Kommunist hätte zuerst geschlagen und auch der Zentrumsredner den "Memorandum-Schlag" sei nicht von Sozialdemokraten, sondern von Kommunisten gemacht worden. Aber der sozialdemokratische Vertreter habe bestätigen müssen, daß die Nationalsozialisten den Anruf auf den kommunistischen Redner Pöck mit dem Ruf "Raus, holt den Pöck runter!" eingeleitet hätten.

Die Verletzten bei der NSDAP

Aus Kreisen der nationalsozialistischen Landtagsfraktion wird dem NSD-Büro erklärt, daß bei der Schlägerei im Preussischen Landtag auch vier nationalsozialistische Abgeordnete verletzt worden seien. Der Geschäftsführer der Fraktion, Abg. Hinkel, habe eine Verletzung am linken Ohr davongetragen, der Abg. Wehner-M. Preußen sei durch einen Wurf mit einem schweren Stuhl am Hinterkopf verletzt worden, während der Abg. Dolege sogar einen Knieverstoß erhalten habe. Reichler verletzt sei der Abgeordnete Kunze.

Die politischen Auswirkungen

NRN, Berlin, 26. Mai. Die Vorgänge im Preussischen Landtag wurden noch bis in die späten Abendstunden in parlamentarischen Kreisen lebhaft diskutiert. Die Polizei wird erst eine Untersuchung einleiten, wenn von sozialdemokratischer Seite ein Strafverlangen eingeht. Das Präsidium wird wahrscheinlich vorher unter sich Fühlung nehmen und dabei auch die Frage erörtern, wie man verhindern kann, daß sich in der nächsten Landtagssitzung noch schlimmere Szenen abspielen, als heute. Die Unfähigkeit wirkt sich auch in der Beurteilung der politischen Situation aus. Während man nachmittags nach dem reibungslosen Verlauf der Verhandlungen im Landtag die Koalitionsfragen etwas optimistischer beurteilt, wurden die Fragen bezüglich einer Regierungsbildung in Preußen am Abend insbesondere in Kreisen der Zentrumskoalition außerordentlich heftig diskutiert. Das Bestreben des Zentrums geht nun offenbar dahin, eine Klärung und Beruhigung abzuwarten.

Präsidium des Preussischen Landtages

Die zweite Plenarsitzung des neuen preussischen Landtages brachte die Wahl des Präsidiums. Zum Präsidenten des Landtages wurde Abg. Kersch (NS.) mit 262 Stimmen gewählt. Erster Vizepräsident wurde mit 167 Stimmen der Sozialdemokrat Wittmann, zweiter Vizepräsident mit 254 Stimmen der Zentrumskoordinator Baumhoff. Zum dritten Vizepräsidenten wurde mit 254 Stimmen Abg. v. Kries (Dnt.) gewählt. Alle Gewählten nahmen die Wahl an.

Wer bezahlt den Schaden?

Bei dem politischen Raufmentreiben zwischen den Nazis und Nazis im preussischen Landtag, ist ganz erheblicher Sachschaden angerichtet worden. Die Frage muß schon gestellt werden: Wer bezahlt den Schaden? Wir würden es für richtig halten, wenn die sozialdemokratische Fraktion beim Wiederzusammentritt des Landtages einen Antrag einbringen würde, der fordert, daß der Sachschaden den Mitgliedern der nationalsozialistischen und der kommunistischen Fraktion von ihren Diäten abzugsweise wird. Wie kommen die Steuerzahler dazu, den Schaden zu tragen.

Tschechoslowakei verbietet faschistenorganisation

Zahlreiche Verhaftungen und Verbündungen zu Hitler-Vertrauensmann
Prag, 26. Mai. Die Regierung der Tschechoslowakei hat die Bezirks- und Polizeiamter angewiesen, die illegalen Organisationen der tschechischen faschistischen Jungmannschaften unverzüglich aufzulösen.

Auf Grund dieser Anweisung wurden in dem Büro der Faschistenbewegung und bei den Faschistenführern in Prag Hausdurchsuchungen vorgenommen. Das beschlagnahmte Material ist so umfangreich, daß es auf einem Lastauto zur Polizeidirektion geführt werden mußte. Zahlreiche höhere Staatsbeamte sind als Faschisten kompromittiert.

Viele Personen, darunter der Bruder des ehemaligen Generals Gajda, wurden verhaftet. Gegen die Faschistenführer wurde Strafanzeige erstattet, da festgestellt ist, daß ihre Sturmtropps in Südböhmen Handgranatübungen veranstaltet haben. Der Exgeneral Gajda wird ebenfalls vor Gericht gestellt, da er mit Hitlers Vertrauensmann, dem Fabrikanten Schmidt-Münchberg, in Verbindung stand.

In 30 Provinzstädten, wo auch Hausdurchsuchungen vorgenommen wurden, konnte ebenfalls viel belastendes Material beschlagnahmt werden.

Schlägerei im Danziger Volkstag

NRN, Danzig, 25. Mai. In der heutigen Sitzung des Volkstages kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem nationalsozialistischen Abg. Greiser und dem Sozialdemokraten Reikner. Andere Abgeordnete trennten die Streitenden. Die Tribünen mußten geräumt werden.

Vom Schicksal ereilt

Darmstadt, 25. Mai. (SP.) Der SA-Führer Otto Stier, der vor einiger Zeit zwei Kommunisten erschossen hat, ohne entsprechende Verurteilung zu werden, ist in der Nacht zum Dienstag vom Schicksal ereilt worden. Stier fuhr mit einem Motorrad, mit einer Beifahrerin mit solcher Geschwindigkeit auf einen nichtstehenden fahrenden Bauernwagen auf, daß Motorrad und Wagen in Trümmer gingen. Die Mitfahrerin war sofort tot, Stier und der Führer des Bauernwagens erlitten schwere Schädelverletzungen. Stier, dem der Unterhaken und ein Auge herausgerissen waren, ist bald nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus gestorben.

Regierungsfragen in Preußen

Vielleicht Vertagung bis zum Herbst

Der Reichsenrat des preussischen Landtages beschloß: Die nächste Vollversammlung wird für Mittwoch, den 1. Juni, einberufen werden, um die Wahl des Ministerpräsidenten vorzunehmen, falls die Verhandlungen darüber bis dahin abgeklungen sind.

Am Donnerstag sollte zwischen Zentrum und Nationalsozialisten die erste Fühlungnahme wegen der Neubildung der preussischen Regierung vor sich gehen. Angesichts der blutigen Schlägerei im Landtag, an der die Nationalsozialisten beteiligt waren, hat das Zentrum jedoch auf diese vorläufige Fühlungnahme verzichtet.

Der Wahlkreisvorsitzende Rotsdam der Deutschen Staatspartei hat beim Reichsparlamentarischen Ausschuss der Deutschen Staatspartei beantragt, allen Landtagsfraktionen und Landtagsabgeordneten der Staatspartei die Bildung von Regierungen mit Nationalsozialisten oder die Unterstützung von Regierungen mit Nationalsozialisten zu unterliegen. Dieser Antrag ist darauf zurückzuführen, daß die württembergische demokratische Fraktion allerdings vergeblich mit den Nationalsozialisten über eine Regierungsbildung verhandelt hat.

NRN. Bei den politischen Besprechungen über Preußen war in der letzten Zeit wiederholt erklärt worden, Ministerpräsident Braun habe nicht die Absicht, als geschäftsführender Regierungschef weiter zu amtierem. Wie uns in parlamentarischen Kreisen erklärt wird, hatte der Ministerpräsident in Konsequenz dieser

Auffassung beabsichtigt, bereits seine Amtstätigkeit einzustellen. Die übrigen sozialdemokratischen Minister in der Preußenregierung, Grimme und Severing, wären dann diesem Beispiel nachmutlich gefolgt, obwohl Severing von Anfang an anderer Ansicht gewesen sein soll. Inzwischen hatten jedoch die maßgebenden Parteiführer der SPD, beiseite, jede Handlung, auch eine negative, zu unterlassen, die geeignet wäre, den Nationalsozialisten, in denen die SPD. Staatsfeinde erblickt, zur Macht zu verhelfen. Braun werde sich der Parteiführer in Fragen und infolge des erwähnten Beschlusses die geschäftsführende Leitung des Kabinetts weiterhin ausführen.

Weiter betont man in parlamentarischen Kreisen, daß das Zentrum wie in Württemberg, so auch in Preußen nicht gemillt sein dürfte, den Nationalsozialisten die bedeutendsten staatlichen Mittel, vor allem die Polizei, in die Hand zu geben. Daraus ergäbe sich, daß die Regierungsverhandlungen zwischen Nationalsozialisten und Zentrum nur dann Aussicht auf Erfolg haben könnten, wenn die Nationalsozialisten dem Zentrum die Position des Ministerpräsidenten und des Innenministers zugestehen würden. Ob es zu einer solchen Vereinbarung kommt, ist abzuwarten. Sollte eine Einigung zustande, dann dürfte die Entscheidung dem Reich fallen.

Verurteilte Nazimörder

Das Urteil im Hüdewagener Mordprozess

Wuppertal, 26. Mai. (Ein. Dr.) In dem Hüdewagener Mordprozess gegen mehrere Nationalsozialisten, die drei Kommunisten ermordet haben, wurde am Donnerstag der Väter Tag im Reichstag wegen Totschlag auf drei Jahren sechs Monate Zuchthaus und wegen verbotenen Waffenselbstbesitzes zu 50 M. Geldstrafe, der Dachdecker Marx wegen Totschlags zu fünf Jahren Gefängnis, drei Jahren Ehrverlust und wegen verbotenen Waffenselbstbesitzes zu 50 M. Geldstrafe und der Zahnarzt Dr. Heutenkamp wegen Kaufhändels zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis verurteilt. Die Verurteilten sind sämtlich Mitglieder der Nazipartei. Sie bleiben in Haft.

Dem Gerichtsverfahren lag ein Vorfall am Tage der ersten Reichspräsidentenwahl zugrunde. In diesem Tag kommandierten die Nazis von Lennep einen Trupp nach Hüdewagen, der dort schwere Zusammenstöße mit Kommunisten provozierte. Der Zahnarzt Dr. Heutenkamp ging ohne jeden Anlaß mit eingestemmen Armen durch einen Trupp von Kommunisten. Infolgedessen kam es zu einer Schlägerei, in deren Verlauf Heutenkamp den Befehl zum Schießen gegeben haben soll. Ohne bestränkt zu sein, gab daraufhin der Väter Tag mehrere Schüsse ab, wodurch der Arbeiter Blumenberg tödlich getroffen wurde. In der Meinung, daß der Schütze sich in das Haus des Dachdeckers Marx geschlüpft hätte, soen die Kommunisten dorthin und veranlaßten die Herausgabe des Verwunders. Marx gab nach kurzem Wortwechsel ebenfalls durch das Fenster der Hausüre mehrere Schüsse ab, wodurch der Arbeiter Mondre und der Arbeiter Fries, der Bruder des sozialdemokratischen preussischen Landtagsabgeordneten

Willi Fries-König, getötet wurde. Die Opfer der Nazimörder waren Kommunisten. Der Staatsanwalt hatte gegen Willmund wegen Totschlags 10 Jahre Zuchthaus, gegen Marx 10 Jahre Zuchthaus und gegen Heutenkamp 8 Jahre Zuchthaus beantragt.

Der Mörder im Fellenek-Prozess

Eine überraschende Wendung

Berlin, 26. Mai. (SP.) Im Berliner Fellenek-Prozess ist eine überraschende Wendung eingetreten. Der Verteidiger der angeklagten Kommunisten teilte dem Gericht am Donnerstag mit, daß er den Mörder des erschlagenen Arbeiters Klement einwandlos ermittelt habe. Der Verteidiger sei als Zeuge geladen.

Er, der Verteidiger, habe ursprünglich die Absicht gehabt, gegen den mörderischen Schützen erst bei seiner Vernehmung vorzugehen. Inzwischen hätten gewisse Dinge ihn veranlaßt, schnell zu handeln. Der Verteidiger hat das Gericht, die Verhandlung zu unterbrechen. Er wäre bereit, die Staatsanwaltschaft den Täter zu nennen, müßte es aus begründlichen Gründen jedoch ablehnen, den Täter in öffentlicher Sitzung zu bezeichnen.

Das Gericht kam dem Wunsch des Rechtsanwalts nach. Nach Wiedereröffnung der Sitzung teilte Staatsanwalt Richter Steinhilber mit, daß er alle notwendigen Schritte unternommen habe, um die eingehende Verhaftung des Beschuldigten durchzuführen. Es ist ein Funktionär der aufgestellten SA.

Zentrum und Nationalsozialisten

SPD, Stuttgart, 25. Mai. (Ein. Welta.) Die grundsätzliche Einstellung des Zentrums zur Frage einer Koalitionsregierung mit den Nationalsozialisten wird deutlich gemacht durch die parteiamtliche Begründung des Verhaltens der württembergischen Zentrumspartei bei den in den letzten Tagen mit negativem Ergebnis geführten Verhandlungen über die Bildung einer württembergischen Landesregierung. In dieser im Landesorgan des Zentrums veröffentlichten Begründung heißt es: „In der gestrigen Sitzung der Parteien wurde von den Vertretern des Zentrums eine Erklärung abgegeben, welche die grundsätzliche Auffassung der Partei über eine Regierungsbildung mit den Nationalsozialisten darlegte. Es wurde gesagt, daß die Zentrumspartei bereit ist, die Teilnahme der Nationalsozialisten an einer Regierung der bürgerlichen Parteien unter Einfluß des Zentrums zu ermöglichen und den Nationalsozialisten einen ihrer Stärke entsprechenden Einfluß im Kabinett einzuräumen. Doch sei die Partei nicht bereit, den Nationalsozialisten das Innenministerium und das Staatspräsidium zu überlassen. Die Gründe, welche das Zentrum zu dieser Haltung bewegen, liegen auf der Hand. Der Anspruch der Nationalsozialisten auf die Führung der Regierung und ein so wichtiges Ministerium wie das des Innern war schon im Hinblick auf das Stärkeverhältnis der Parteien nicht gerechtfertigt. Denn den 23 Mandaten der Nationalsozialisten würden in der Koalition sämtliche Parteien mit Ausnahme der Linken 36 Mandate der anderen Parteien gegenüberstehen. Zu diesen mehr äußeren Gründen kamen die noch wichtigeren Erwägungen politischer Natur. Man war sich im Zentrum von allem Anfang an darüber klar, was es bedeuten würde, an die Spitze einer Regierung einen Nationalsozialisten zu setzen und das Innenministerium mit dem Verfügungsrecht über die staatlichen Machtmittel und die Verwaltung ebenfalls in die Hände eines Nationalsozialisten zu geben. Wie hätte eine Partei wie die nationalsozialistische mit ihrer Stellung zum heutigen Staat und mit ihrer völligen Unprobität in verantwortungsbewusster Leistung dafür Bürgschaft leisten können, die ihr übertragenen Ämter in einem Sinn zu verwalten, welcher der Verfassung entspricht? Niemand weiß, welche Entwicklung die Dinge im Reich in den nächsten schweren Monaten noch nehmen werden. Umso mehr aber und auf jeden Fall muß die Zentrumspartei in den Ländern, wo sie Einfluß hat, dafür besorgt sein, daß die Machtmittel und die Führung des Staates in zuverlässigen Händen bleiben. Man hätte es in weiten Kreisen des Volkes nicht verstanden, wenn das Zentrum in einer mit gefährlichen Entwicklungseigenen Zeit das Ruder des Staates in die Hände überlassen hätte, die keinerlei Gewähr für einen sicheren und verantwortungsbewussten Fortgang der Staatsgeschäfte bieten konnten.“

Für die Nationalsozialisten freilich war die Forderung nach dem Staatspräsidium und dem Innenministerium ein bedingungsloses Verlangen. Die Entscheidung, mit welcher sie auf dieser Forderung bestanden, ließ das Zentrum erst recht stutzig werden. Auch einige andere von den verhandelnden Parteien hatten schwere Bedenken gegen die Pläne der Nationalsozialisten, wenigstens hinsichtlich des Innenministeriums. Man vertrat kein Geheimnis, wenn man feststellte, daß die württembergischen Nationalsozialisten in ihrem Verlangen nach dem Staatspräsidium und dem Innenministerium nicht frei waren, denn diese Forderung entspricht der

politischen Linie des Braunen Hauses, die bei den Koalitionsverhandlungen überall im Reich eingehalten werden soll. Der Wunsch der Nationalsozialisten auf das Staatspräsidium und das Innenministerium also war es, an dem die Verhandlungen scheitert sind.“ Man darf wohl annehmen, daß in dieser Erklärung des Zentrums die Gründe wiedergegeben sind, von denen es sich nicht in Württemberg, sondern auch bei seinen politischen Entscheidungsgen im Reich wie in den übrigen Ländern leiten läßt.

Der Parteibuchbeamte

Er will nicht so genannt werden

Einen Strafbefehl über 100 Mark, der wegen seiner Begründung sehr humoristisch wirkt, erhielt jüngst der verantwortliche Parteibuchbeamte eines Gothaer Parteibüros. Wie aus dem dem dem Schriftführer hervorgeht, ist diese Justizaktion deswegen erfolgt, weil in einem Artikel des Gothaer Volksfreund dem Parteibuchbeamten der Stadt Ohrdruf vorgeworfen worden ist, er sei ein Parteibuchbeamte.

Das Wort „Parteibuchbeamte“ ist eine Erfindung der Nationalsozialisten, die denjenigen Personen treffen, die ohne Befehl und ohne befristete Vertretung auf Grund ihrer öffentlichen Tätigkeit Beamtenstelle erhalten haben. Diese Definition trifft aber nicht nur auf den Regierungsrat Sittler, sondern genau so auf den Parteibuchbeamten der Stadt Ohrdruf zu, der von Haus aus Handlungsgehilfe war und keinerlei Beamtenlaufbahn im Verwaltungsdienst aufzuweisen hätte, als er von den Nazis zum Bürgermeister von Ohrdruf ernannt wurde. Daß sich dieser Parteibuchbeamte durch die Ernennung zum Parteibuchbeamten eine solche Ansehensbezeichnung, Parteibuchbeamte, erworben hätte, ist ein schlechter Witz. Kein Witz ist jedoch, daß er sich auf eine solche Ansehensbezeichnung hin, ohne die entsprechenden Voraussetzungen zu erfüllen, einen Strafbefehl losgelassen hat.

Selbstverständlich hat der betreffende Redakteur gegen den Strafbefehl Einspruch erhoben und nunmehr wird sich in öffentlicher Gerichtsverhandlung zeigen, ob der Gebrauch des Wortes „Parteibuchbeamte“ ein Sonderrecht der Nazipresse ist.

Pastorenkonto im Devaheim-Prozess

Im Berliner Devaheimprozess kam zur Erörterung der Verhältnisse des angeklagten Pastor Cremer bei der Devaheim-Hilfskasse. Der Staatsanwalt beschuldigte den Angeklagten, daß er über Mittel, die das Reich für ausgesprochen wohlhabende Pastoren Verfügung gestellt hätte, nach eigenem Ermessen und zum Teil für eigenen Vorteil verfügt habe. Besonders belastend war für den Angeklagten ferner die Erörterung seiner Autokonten. Ein sachverständiger erklärte, daß sich die Gesamtbeträge der Autokonten des angeklagten Pastor Cremer in den letzten Jahren fünf Autos gehabt — sein Sohn habe die alten Autos immer wieder durch neue ersetzt. Ein großer Fortschritt sei er tatsächlich über einen Betrug verfügt habe, der den Angeklagten den Bedarf überdeckt habe; er will aber das über die gerichtliche Verhandlung zeigen, ob der Gebrauch des Wortes „Parteibuchbeamte“ ein Sonderrecht der Nazipresse ist.

Troški im Exil

Konstantinopel, im Mai.

Wie mag dem ergrauten Manne summe sein, dessen Boot sich auf den blauen Wassern des Marmarameeres schaukelt und der mit langer Stummelschneise sich sinnend über die Ankerlute beugt? Die seine Hüfte nach Weite suchend über flimmernde Wellen, aus denen phosphoreszierende Fischleiber lücheln. Der hembärmelige Fischer achtet ihrer kaum. Seine Gedanken wandern, fliehen, rufen vergangene Zeiten zurück, durchlaufen Perioden der Emigration, Jahre unterirdischer Konspirationsstätigkeit, Tage mährchenhafter Verführung, grenzenlosen Schicksalswehen, harter politischer Kämpfe und schwerer Niederlagen. Stalins Sieg und als Folge seine eigene Deportation ins Exil.

Der Schwärzer der Roten Armee, Freund und sichtbarster Mitarbeiter Lenins, den der zähe, mittelmäßige Georgier mit den grauen Augen zu Boden schlug, lebt auf Brinkino Island in strenger Abgeschlossenheit, hinter Gartenmauern, die seinen Durchblick verhindern. Tüchtige Geheimdienstmänner, die ihn gleichseitig zu schützen und zu überwachen haben, umspüren den kleinen Fiskus in dem Troški mit Frau und Tochter einsam baut. Besonders sind seinen und ihre Zulassung an komplizierte Ausweise gebunden. Nur der österreichische Sekretär teilt die seitlose Verurteilung des gescheiterten Mannes. Ein alter Gärtner befragt die notwendigen Einkäufe für die Küche, deren Führung Madame Troški inne hat.

Das Leben der kleinen Familie konzentriert sich in Troškis Arbeitszimmer, dessen Regale, Tische und Stühle von Büchern, Zeitschriften und Manuskripten bestanden. Hier entläßt sich eine Kraftnatur, deren Dynamik nur mehr weißes Papier vorantreibt, das von eifriger Schreiftätigkeit bedeckt, sich zu Bericht und Anlage formt, zu Rückschau und Prospektivstudium.

Troški ist, wie Besucher berichten, völlig unanebend, von hausgemachter Bitterkeit. Nach so niederstimmernden Schicksalsläufen, die jeden andern gebrochen hätten, blieb er aufrecht, ein Herrscher, der seine letzte Karte noch nicht ausgespielt zu haben glaubt. Eine kritische Phase des Kampfes war gegen ihn; er nimmt es ruhig hin und glaubt an ein Morgen, an eine nahe Zukunft, die ihn wieder an den entscheidenden Platz stellen wird, wenn sein heute triumphierender Gegner sich verbräutet und seine Möglichkeiten erschöpft hat.

Er spricht ohne Bitterkeit mit lastvollem Humor von Stalin, dem er Rückschau vor dem Kapitalismus vornimmt. Für seine abgelebten Genossen, die sich dem Diktator unterworfen, findet er erschütternde Charakterisierungen, die dann in Sowjetrussland mit schadenfreudigem Behagen konsumiert werden. Rabot und Kusarin sind seinen Giftspitzen am meisten ausgesetzt und es mag ihr größter Schmerz sein, daß der Mann, den sie in der geheimen Kammer ihres Herzens anbeten, ihnen nun Gegner ward. Traug die Revolutionäre, daß sie Gefühle und alte Kameradschaft unweigerlich dem herrschenden Diktator opfern mußten.

Troškis Tag ist mit publizistischer Arbeit, mit dem Lesen der wichtigsten politischen Neuerscheinungen und der Weltpresse ausgefüllt. Er schreibt und diktiert flüchtig. Seine „Geschichte der russischen Revolution“ ist bis zur Beendigung des zweiten Bandes geschrieben, der das Jahr 1918 behandelt, das Jahr der deutschen Offensive, der diplomatischen Konflikte, der Interventionen der Alliierten, der Bauernaufstände und des Bürgerkrieges, aber auch der Schöpfung der Roten Armee. Das Werk geht hunderttausend Seiten über, die der Herausgeber in allen Sprachen in die Wege leitet. Der Ertrag reicht hin, um Troški, der ohnehin vermögenslos ist, den Lebensunterhalt zu sichern.

Mit der literarischen Arbeit gleichlaufend widmet sich eine umfangreiche Korrespondenz ab, deren Empfänger in Rußland und China, in Europa und Amerika zu Hause sind. „Troškisten“ in aller Welt harren der Befehle, der Aufklärung und der Ermunterung durch seine Schriften. Troški schärft Überwachung gelandete Briefe und Schriften auf illegalem Wege zu seinen russischen Anhängern, die sie in Geheimdruckereien vervielfältigen und in die Welt werfen. Se kritischer der russischen Zustände sieht, desto gemüßvoller wird das Wort von Stalins Gegenpolen, und es ist sogar dem Kraut bewußt, daß ein Verlangen Stalins in einem Moment, wo es um sein Leben und die Zukunft der Sowjets geht, Troškis Stern wieder aufleuchten lassen wird.

Troški mehr es und daher mag die Quelle betrübten, die ihn mit Selbstvertrauen speist. Er läßt die Zeit für sich arbeiten, denn er hat erfahren, daß revolutionäre Führer in Amt und Würden nicht alt werden. Einmalen legt er in seinen historischen Büchern Bescheidenheit ab und in den Arbeitspausen laßt er beim Fischfang entspannen. Der alte Jäger hat aus Mangel an Gelegenheit den Sport entlassener Gentlemen erariffen und übt ihn mit Leidenschaft.

Seit neuester Zeit ist er bemüht, eine Aufstufungsbewilligung für Mittelmeer zu erlangen. Das asiatische Klima läßt ihn immer wieder an Malariaanfällen leiden und auch seine Tochter hat vor kurzer Zeit erkrankt.

Wenn die englischen Kurven mit ihren Babos an einem sonnigen Morgen der Marmarastifte spazieren, begegnen sie zuweilen einem verlässigen Mann mit defekter weißer Hose und weit geöffnetem Mund, der den goldglänzenden Kindern Grüße zuwinkt. Der Graufopf mit der Angerute und dem Fischereifisch, dessen Augen hinter klaren, dunklen Hornen humorig leuchten, ist ihnen vom Sehen aus bekannt. Sie ahnen nicht, daß ihnen Troški gegenübersteht, Revolutionär, Staatsmann, Feldherr, Verbannter und vielleicht künftiger Herrscher.

Wer hilft der Landwirtschaft?

Der Zentrumsabgeordnete Professor Friedrich Debus hat erregt, daß die Besteuerung, die der deutschen Verbaulichkeit nach die Heberhöhung der Agrarpreise ansetzt, sich auf annähernd 2 1/2 Milliarden Mark im Jahre beläuft, nach dem Gesamtmarktwert im Wirtschaftsjahre 1930/31 bebaut haben.

Der Reichsausschussabgeordnete Georg Schmidt, Vorsitzender des deutschen Landarbeitersverbandes, hat vor reichlich Jahresfrist die bisher unüberprüften gebliebenen Bebauung aufgestellt, daß die deutsche Landwirtschaft seit der Stabilisierung der Mark an direkten finanziellen Unterstützungen, Krediten, Garantien und Beihilfen aus Mitteln des Reiches und von Preußen nicht weniger als 2582 Millionen Mark zugeflossen.

Dazu kommen noch die Aufwendungen einzelner Länder für die Landwirtschaft. Haben diese direkten und indirekten Aufwendungen der Landwirtschaft Nutzen gebracht? Darüber äußert sich ein Sachverständiger, Dr. Karl Brandt, Professor an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin, im vorigen Jahre auf einer Tagung des Reichsausschusses der Nahrungsmittel-Großhändler wie folgt:

Die deutsche Agrarpolitik der letzten Jahre verfuhr zur Rettung von 33 000 ostdeutschen landwirtschaftlichen Großbetrieben, von denen nach den neuesten Feststellungen etwa 5000 hoffnungslos ruhmlos verbanket sind, die Preise für landwirtschaftliche Rohstoffe, besonders alle Getreidearten, mit Hilfe von Zöllen, Subventionen, Kontingenterungen und Monopolen so weit zu heben, daß ihnen die Fortführung der Wirtschaft und ein Wirtschaftserfolg ermöglicht werden. Diese Agrarpolitik hat für die deutsche Wirtschaft und die gesamte deutsche Wirtschaft verhängnisvolle Auswirkungen, die erst im Laufe von Jahren voll in die Erscheinung treten werden. Sie sind deshalb von uns so gefährliche Maßnahmen. Fünf Millionen deutscher Bauernbetriebe bestehen im wesentlichen auf der Veredelungsproduktion. Das Defizit der deutschen Lebensmittelausfuhr beruht vorwiegend eben auf Veredelungsprodukten. Die gesamte Veredelungswirtschaft verliert unter der einseitigen Getreidepolitik zusammenfassend gesehen, die gesamte Eier- und Schlachtkörperzeugung ist ebenso wie die bayerische Schweinefleisch bereits in schwerster Bedrängnis gebracht. Damit wird die gesamte deutsche Bauernwirtschaft amangriffslähmend getroffen. Wenn diese Politik fortgesetzt wird, besteht innerhalb weniger Jahre eine viel hoffnungslosere Situation, als sie heute, total auf die kleine Zahl der Großbetriebe im Osten begrenzt, vorliegt, für das ganze Reich, und zwar für alle Bauernwirtschaften. Dann wird man sich nicht wundern dürfen, wenn eine ungezählte Milliarden Mark erfordernde Weisheit aufatmet.

Dieses Urteil ist durch die Tatsachen voll und ganz bestätigt worden. Die Vieheschadenpolitik zwang den Großlandwirtschaftler hat nicht nur die Massennot unter der städtischen Bevölkerung vermehrt, sondern auch die Not der Bauern, und sie hat nicht einmal die Großbauern selbst aus dem Sumpf retten können, in den sie geraten sind, weil sie mit allen Mitteln die notwendige Umstellung der deutschen Landwirtschaft auf Veredelungsproduktion zu hinterreiben versuchen. Die Döbisse sollte ostelbische Großbauern vor dem Bankrott retten. Sie hat sie aber erst recht in den Bankrott hineingetrieben. Vor einigen Wochen wurde von deutschnationaler Seite im preussischen Landtag ein Subventionsantrag für die pommerischen Großbetriebe gestellt, worin ausgedrückt worden ist, daß allein in Pommern 400 landwirtschaftliche Großbetriebe mit rund 500 000 Morgen Fläche nicht mehr zu sanieren seien und daß durch den Zusammenbruch dieser Betriebe 15 000 Landarbeiter brotlos würden.

Freistaat Baden

Falsche Beschuldigung gegen die badische Regierung

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

„Unter diesem Titel erschien in den nationalsozialistischen Tageszeitungen „Die Volksgemeinschaft“ und „Balkenkreuzbanner“ (Nr. 115 vom 23. Mai 1932) ein Artikel, der sich mit den Lohnverhältnissen beim Kanalbau in Rodenau und Hirsborn beschäftigt, und den Satz enthielt: „Wir richten an die badische Regierung, die ja die Arbeiten vergeben hat, die Frage, was sie gegen den schamlosen Lohnraub am Kanalbau zu unternehmen gedenkt?“ — Hierzu wird festgestellt, daß die badische Regierung als Unternehmerin beim Kanalbau in Rodenau und Hirsborn nicht in Frage kommt. Unternehmerin ist vielmehr die Reichs-Arbeits-Gesellschaft, welche auch allein für die Vergütung der Arbeiten zuständig ist. Mit der Freistellung dieser Tatsache erwidert sich die in den genannten Artikeln an die badische Regierung gerichtete Anfrage.“

Der neue Erzbischof von Freiburg

Die Frankfurter Zeitung schreibt über den neuen Erzbischof von Freiburg: Dr. Konrad Gröber, seit einem Jahr Bischof von Meßlen, der jetzt vom Papst zum Erzbischof von Freiburg ernannt worden ist, steht in seiner badischen Heimat, in der er bis zu seiner Verberufung nach Meßlen tätig war, in dem Ruf eines sehr klugen, vielseitig gebildeten und interessierten Mannes. Personen, die ihn in seiner jahrzehntelangen Wirkamkeit in Konstanz kennen gelernt haben, haben besonders seine lebendige Beziehung zu kirchlichen Dingen und seine hohe menschliche Aufgeschlossenheit hervorzuheben. Im Freiburger Domkapitel, dem er vor seiner Berufung nach Meßlen einige Jahre angehört hat, fand er, soviel man weiß, seine besondere Förderung, und man irrt wohl nicht, wenn man annimmt, daß seine Ernennung zum Erzbischof von Freiburg mehr von der Kurie als von dem Freiburger Domkapitel betrieben worden ist. Der neue Erzbischof ist 60 Jahre alt.



Der neue Erzbischof von Freiburg Dr. Konrad Gröber

Dr. Konrad Gröber, seit einem Jahr Bischof von Meßlen, der jetzt vom Papst zum Erzbischof von Freiburg ernannt worden ist, steht in seiner badischen Heimat, in der er bis zu seiner Verberufung nach Meßlen tätig war, in dem Ruf eines sehr klugen, vielseitig gebildeten und interessierten Mannes. Personen, die ihn in seiner jahrzehntelangen Wirkamkeit in Konstanz kennen gelernt haben, haben besonders seine lebendige Beziehung zu kirchlichen Dingen und seine hohe menschliche Aufgeschlossenheit hervorzuheben. Im Freiburger Domkapitel, dem er vor seiner Berufung nach Meßlen einige Jahre angehört hat, fand er, soviel man weiß, seine besondere Förderung, und man irrt wohl nicht, wenn man annimmt, daß seine Ernennung zum Erzbischof von Freiburg mehr von der Kurie als von dem Freiburger Domkapitel betrieben worden ist. Der neue Erzbischof ist 60 Jahre alt.

Politische Schwurgerichtsprozesse

Ohrfeigen im Landtag — Vergehen gegen das Republikanengesetz

Im Karlsruhe, 25. Mai. Wegen Vergehens gegen das Republikanengesetz stand heute der verantwortliche Schriftleiter des Führer Adolf Schmidt vor dem Karlsruher Schwurgericht (Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Strauß). Der Angeklagte hatte im Führer einen Artikel über die Vorgänge im badischen Landtag vom 16. und 17. Februar, wo es zu einer Schlägerei zwischen dem Zentrumsabgeordneten Hilpert und dem nationalsozialistischen Abgeordneten Kraft gekommen war, veröffentlicht; darin steht, „der Abgeordnete Hilpert habe nach Schluss der Sitzung die molchbediente Maßnahme erhalten.“ Nach dem Republikanengesetz macht sich strafbar, wer öffentliche Gewalttätigkeiten, die gegen einen anderen wegen seiner politischen Betätigung begangen worden sind, ausdrücklich billigt.

Seiner Regierungsrat Weiskamm, M. d. L., gibt eine Schilderung der Vorgänge im Landtag vom 16. und 17. Februar. Am 16. Februar sei der Zwischenruf gefallen, Adolf Hitler sei ein Delinquent. Am 17. Februar, nachmittags 1/2 Uhr, war die Sitzung offiziell beendet. Der Abg. Hilpert hatte eine längere Erklärung

des bayerischen Ministerpräsidenten abgegeben. Nach dieser Erklärung wurde geschwiegen, wie Hitler im Jahre 1923 beim Putsch vorgegangen ist. Ministerpräsident Held sagte darin, es gebe zwei Hitler, einen, der sich um die Erneuerung des nationalen Gedankens bemühe und einen, der damals die bayerische Regierung ins Gefängnis abführen wollte. Bei dieser Erklärung ist bei den Nationalsozialisten eine ziemliche Erregung entstanden. Es hielten Zwischenrufe wie „Schweine“ und „Lumpen“. Während diesem Tumult ist die Sitzung zu Ende gegangen. Der Abg. Kraft ging aus seiner Bank heraus und ging auf die Bank, auf welcher der Abg. Hilpert saß, zu. Kraft ging auf Hilpert zu und gab ihm eine Ohrfeige. Darauf entstand eine erhebliche Aufregung. Hilpert packte den Abg. Kraft und im Nu lagen beide auf dem Boden des Landtags. Der Zeuge dachte: „Das ist eine unwürdige Szene“. Die stehenden Abgeordneten stürzten herunter, die Nationalsozialisten kamen aus den Bänken, der Herr Präsident kam herunter. Im Nu war der ganze Landtag in Aufregung. Zeuge glaubt, daß die beiden noch am Boden aufeinander eingeschlagen haben. In dieser Erregung ging die Sitzung zu Ende. Eine derartige Szene habe der Landtag noch nicht erlebt.

Erster Staatsanwalt Hofmann gab nochmals eine Schilderung des Vorfalles und kam zu dem Schluss: Tatsache sei, daß Professor Kraft dem Abgeordneten Hilpert ohne weiteres eine kräftige Ohrfeige gegeben habe. Es stehe fest, daß der Zeuge Kraft den Abg. Hilpert geschlagen habe wegen seiner politischen Meinung und seiner politischen Betätigung. Es liege hier eine Gewalttat einer Person aus politischen Gründen gegenüber einer Persönlichkeit vor, die im politischen Leben stehe. Der Angeklagte habe in dem Artikel diese Gewalttat, indem er die Ohrfeige als „molchbedient“ bezeichnet, gebilligt. Der Staatsanwalt hält den Vorwurf im Hinblick auf die Sitzung im Interesse des Landtags und im Interesse der Volkvertretung für außerordentlich bedauerlich. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Kraus, plädierte auf Freisprechung.

Das Schwurgericht fällt folgendes Urteil: Der Angeklagte Schmidt wird wegen Vergehens gegen § 5 des Republikanengesetzes an Stelle einer Woche Gefängnis zu einer Geldstrafe von 100 Mark verurteilt. Die Urteilsbegründung besagt: Die Bestimmung setzt voraus, daß der Täter öffentliche Gewalttätigkeiten, die gegen eine andere Person wegen ihrer politischen Betätigung begangen worden sind, ausdrücklich billigt. Der Zeuge Kraft hat im Landtagsgebäude gegen den Abg. Hilpert sich einer Gewalttätigkeit dadurch schuldig gemacht, daß er ihm eine Ohrfeige gab. Hilpert hatte sich über politische Fragen geäußert, u. a. ob Hitler als österreichischer Deputierter anzuweisen ist. Wenn nun der Angeklagte als verantwortlicher Schriftleiter diese Gewalttätigkeiten in die Zeitung gebracht hat mit dem Kommentar, eine Gewalttätigkeit sei molchbedient, und diese zur Aufklärung gegen andere, so hat er diese Gewalttätigkeit ausdrücklich gebilligt und sich dadurch strafbar gemacht. Dem Angeklagten hat man mildernde Umstände ausgestellt und sie darin gefunden, daß er bei Begehung dieser Straftat noch nicht bestraft war und die Vorwürfe nur in einer kurzen Notiz in der Zeitung wieder gegeben waren.

Schriftleiter Moraller wegen übler Nachrede verurteilt

Im Karlsruhe, 25. Mai. Als letzten Fall der Tagung verhandelte das Karlsruher Schwurgericht (Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Strauß) einen zweiten Verleumdungsprozess gegen den verantwortlichen Schriftleiter der nationalsozialistischen Tageszeitung „Der Führer“, Franz Moraller aus Karlsruhe, der erst vorgestern wegen Verleumdung eines katholischen Geistlichen zu 1000 M. Geldstrafe verurteilt wurde. Der heutige zur Anklage hebende Fall ist ähnlich gelagert. Die Anklage lautet auf öffentliche Verleumdung durch Verbreitung nicht erwiesener Tatsachen in bezug auf einen Religionsdiener. Der Angeklagte hatte im Führer unterm 15. Januar unter der Überschrift „Aber Herr Defan, Sie lägen ja! Defan Meister aus Bräunlingen wider die bösen Nationalsozialisten“ und einen zweiten unterm 28. Januar unter der Überschrift „Die Selbsterleuchtung, eine historisch-politische Vorlesung für Hochm. Herrn Defan Meister in Bräunlingen“ veröffentlicht. In beiden Artikeln wird dem Defan, der als einziger Zeuge erschienen ist, der wiederholte Vorwurf der Lüge gemacht.

Das Schwurgericht verurteilte den Angeklagten wegen öffentlicher Verleumdung im Sinne der §§ 185 und 186 (wegen des Artikels vom 15. Januar) zu einer Geldstrafe von 400 M. im Ungehörigenshause von zwei Wochen Gefängnis. Von der weiteren Anklage wegen Verleumdung durch den Artikel vom 28. Januar wurde der Angeklagte freigesprochen. Das Schwurgericht hat den strafverhängenden Tatbestand der Notverordnung betreffend Ehrenschutz nicht für vorliegend angesehen. Das Urteil ist auf Kosten des Verurteilten im Führer und im Badischen Beobachter zu veröffentlichen.

Den Landwirten sind nicht nur die Zuwendungen, die die Reichsregierung den ostelbischen Großgrundbesitzern mit der Döbisse hat zukommen lassen, zum Verhängnis geworden, sondern auch der durch die Notverordnung vom 8. Dezember angeordnete Abbau der Löhne und Gehälter. Mehr als das, was die Döbisse ihnen eingekauft hat, wird ihnen durch die Drofflung der Massenkaufkraft wieder genommen, die zur Folge hat, daß die Einschränkung im Verbrauch bäuerlicher Erzeugnisse immer größer und die Preise immer niedriger werden. Leber die Wirkung von Lohnabbau und Arbeitslosigkeit auf den Verbrauch ist im jüngsten Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung folgendes zu lesen:

„Das Arbeitseinkommen, die breiteste Grundgröße des Verbrauchs, hält sich um nahezu 40 Prozent unter seinem konjunkturellen Maximum (Höchststand d. R.) von 1929. Die Lohnabbauaktion vom Anfang des Jahres hat sich in einem verstärkten Rückgang niederschlagend. Da die Ausichten des Arbeitsmarktes anhaltend schlecht sind, die Zahl der Einkommensbesitzer also vorerst konjunkturreisig schwerlich zunehmen wird, und da ferner die Lohn- und Gehaltsätze eher erneut sinken werden, ist für das Arbeitseinkommen zunächst mit weiterer, wenn auch vielleicht allmählich gemilderter Schwächung zu rechnen. Demgemäß ist zu befürchten, daß das Verbrauchsaufkommen (Umsatz dem Wert nach, d. R.) des Verbrauchsaufwärtigen ebendfalls noch sinken wird.“

Der Landwirtschaft und vor allem den deutschen Bauern kann weder mit Subventionen noch mit Zollerhöhungen geholfen werden, die die notwendige Umstellung der Produktion vorantreiben. Die wirksamste Hilfe für ihn ist: Arbeitsbeschaffung und Lohnverbesserung für die städtischen Arbeiter und Angestellten. Bauer, Arbeiter und Angestellte sind durch die gleichen Interessen verbunden. Nur aus dieser Erkenntnis wird den Bauern die Rettung erwachsen, aber nicht aus der Hoffnung auf den mauslaufenden Messias Hitler.

Mühlen Franck

die gute Kaffeewürze, gehört zu jedem Kaffee, genau wie das Salz zu jedem Essen



Aus dem Gerichtssaal

Der Prozeß gegen Kehler Aerzte

OB. Offenburg, 25. Mai. Im weiteren Verlaufe des Offenburger Sterilisationsprozesses wurde ein ganz grundsätzlicher Fragenkomplex angefaßt. Eine stark psychopathische Frau, die schon in der Heil- und Pflegeanstalt Altenau war, ist von Dr. Merk am Blinddarm operiert worden und gleichzeitig nahm Dr. Merk auch eine Sterilisation, ohne den Willen der Frau, aber mit der Zustimmung des Mannes vor. Vom rein medizinischen Standpunkt kam Prof. Dr. Schwarzscher zu der Feststellung, daß eine Unfruchtbarmachung nicht angezeigt war. Er könne sich aber denken, daß subjektiv Dr. Merk angesichts des Zustandes der Frau sich zur Sterilisation berechtigt glaubte. Professor Dr. Kräuter vertritt den Standpunkt, daß die Indikation zur Schwangerschaftsunterbrechung eine andere sei, als die zur Sterilisation. Prof. Liepmann billigt Dr. Merk zu, daß er die Weiblichkeit der Frau zu nützen. Dr. Merk stellt nun die Frage an die Sachverständigen, ob eine solche Frau, wie die Zeugin, überhaupt noch Kinder bekommen dürfe. Rechtsanwält Simonmann sucht die Frage dahin zu klären, daß er sagt, es werde hier immer fälschlicherweise auch die Notwendigkeit einer medizinischen Indikation zur Sterilisation unterstellt. Das Reichsgericht habe jedoch von einer medizinischen Indikation nur bei der Schwangerschaftsunterbrechung gesprochen und es liege keine Entscheidung des Reichsgerichts vor über eine medizinische Indikation zur Sterilisation. Der Berliner Sachverständige Professor Dr. Liepmann weist darauf hin, daß in Berlin Prof. Dr. Krause bei drohender Gesundheitsschädigung oder Schwächung ihres Gesundheitszustandes sterilisiert werden und er betont, daß auch nach der Ansicht des Gynäkologen Winter soziale Gründe bei der medizinischen Indikation nicht abgelehnt werden können. Auch Professor Dr. Kräuter läßt die sozialen Gründe bei der Indikationsstellung zur Sterilisation gelten, bemerkt aber, maßgebend sei nur, was medizinisch zur Indikation berechtigt. Schwarzscher erklärt den Fall als ein Mutterbeispiel, wie zur medizinischen Indikation auch die soziale hinzukomme. Aber das Gutachten, das er zu erstatten habe, sei ja nur ein rein medizinisches; nach sozialen Gesichtspunkten sei er nicht gefragt. Suche man ein Ergebnis dieser Erörterungen, so werde man wohl zum Schluß kommen, daß weitgehend in medizinischen Kreisen die Auffassung besteht, das Vorhandensein höchster sozialer Bedürfnisse gestalte den Eingriff der Sterilisation. Die einen Mediziner sind allerdings der Meinung, es müssen zunächst medizinische Gründe vorliegen, zu denen soziale hinzukommen, andere lassen wieder die sozialen Gründe mehr für sich allein sprechen. Die Gutachten, die von den Sachverständigen in dieser Frage erstattet wurden, sind mit Ausnahme desjenigen von Prof. Dr. Kräuter für den Angeklagten Dr. Merk günstig. Das Gericht hat zu urteilen nach der erhobenen Akte; ob andere Gesichtspunkte als die medizinischen in der Akte ins Gewicht fallen, sei eine reine Rechtsfrage.

Eine andere Frau wurde von der Angeklagten Dr. Bauer wegen Beschwerden am Magen, Herz und stark heruntergekommenem Allgemeinzustand behandelt. Die Schwangerschaft wurde unterbrochen, die Frau sterilisiert. Der frühere Hausarzt der Zeugin bezeugt, daß sie bei einer Untersuchung im Jahr 1929 förmlich sehr stark heruntergekommen gewesen sei. Bei der Röntgenuntersuchung konnte zwar nichts festgestellt werden, doch ergab die chemische Untersuchung des vollkommene Fehlen der Magensäure. Prof. Kräuter billigt Dr. Merk den guten Glauben an, da es sich um eine körperlich schwer mitgenommenen Frau gehandelt habe. Die beiden anderen Sachverständigen schließen sich dem an.

Mit dem nächsten Fall wurde ein sehr schwieriges gynäkologisches Gebiet betreten. Es handelt sich um die Frage, ob bei Rückwärtsverlagerung der Gebärmutter und Gebärmuttervorfall eine Sterilisation nicht für angezeigt ist. Professor Kräuter hält objektiv die Sterilisation nicht für angezeigt. Professor Liepmann lehnt zwar objektiv die medizinische Indikation Dr. Merks ab, aber er glaubt, was auch Professor Schwarzscher, daß Dr. Merk subjektiv im Recht war. Es wird betont, daß man gerade bei solche Operationen gynäkologisch vorabsehen mußte, was bei Dr. Merk nicht der Fall sei. Er operierte so gut wie er konnte und für Recht hielt.

Der letzte Fall war wieder ein Fall sozialer und medizinischer Natur. Eine Zeugin, Mutter von fünf Kindern, von denen vier am Leben sind, hatte bei den Geburten schwere Blutungen. Auch hier wird Dr. Merk und dem Mitangeklagten Dr. Weber der gute Glaube zuerkannt. Die Verzeihen mußten große Vorsicht haben wegen der anormalen Blutverluste bei der letzten Geburt. Liepmann weist darauf hin, daß jede klinische Fälle von Blutungen der Gebärenden aufzuweisen habe und daß jede neue Geburt eine neue und schwere Gefahr für die Mutter darstelle. Sterilisation sei also berechtigt. Den gleichen Standpunkt vertritt der Vorsitzende des Verstoßverfahrensausschusses Prof. Dr. Schwarzscher. Nach den sozialen Verhältnissen und den biologischen Leistungen dieser Mutter hätte eine neue Geburt ihr nicht mehr zugemutet werden können. Subjektiv und objektiv sei die Sterilisation in diesem Falle berechtigt gewesen.

Gewerkschaftliches

Der Kampf in der Textilindustrie

Die badischen Textilunternehmer haben die Verbindlichkeit des vom Schlichter gefällten Lohnschlichtensbeschlusses beim Reichsarbeitsministerium beantragt. Ueber die Verbindlichkeit kann in diesem Falle nur das Reichsarbeitsministerium entscheiden. Es ist nicht anzunehmen, daß das Reichsarbeitsministerium einem weiteren Abbau dieser an und für sich zu niedrigen Löhne zustimmen wird. Es hiesse ja die Textilarbeiterschaft zur Verzweiflung treiben, wollte das Reichsarbeitsministerium den Wünschen der Unternehmer nach weiterem Lohnabbau in der Textilindustrie Rechnung tragen.

Die Sinnlosigkeit der Unternehmerforderung tritt bei den Verhandlungen in den Begründungen, die von ihnen abgegeben werden, fraß zu Tage. So lauten die badischen Unternehmer, daß sie die höchsten Frachtkosten von ganz Deutschland hätten und demzufolge einen Ausgleich bei dem Lohn haben müßten. Einige Tage später machen die Unternehmer von Württemberg darauf aufmerksam, daß sie die höchsten Frachtkosten von Deutschland zu tragen hätten. Der Vertreter eines in Schloffen gelegenen Betriebes behauptete, er habe die höchsten Frachtkosten. Da er behauptete sogar, daß die Schmutzkonkurrenz für ihn in Baden und Württemberg liege. So wird ein Betrieb gegen den anderen ausgespielt mit dem Ziel, den deutschen Textilarbeiter zum Paria der deutschen Arbeiterschaft herabzumühen.

Alle diese Behauptungen der Unternehmer, soweit sie sich auf ungleiche Löhne oder dadurch hervorgerufene Schmutzkonkurrenz zu stützen versuchen, werden am besten durch das vom Deutschen Textilarbeiterverband herausgegebene Buch über die Tariflohnentwicklung in der deutschen Textilindustrie widerlegt.

Die neuen Schlichtungsverhandlungen für die Textilindustrie

Die am Mittwoch in Karlsruhe stattfanden, sind von den Unternehmern genau so wie die vorausgehenden Verhandlungen angeordnet worden. Die Unternehmerbesitzer haben die Schlichterkammer im Laufe der Verhandlungen plötzlich verlassen. Eine schimmernde Verklärung der Staatsautorität, als sie sich die württembergischen Textilindustriellen nun bereits zum zweitenmal gefeiert haben, kann man sich nicht gut vorstellen. Der Schlichter war infolge der ersten Verhandlungsergebnisse aus dem Amt, die Besitzer für die Schlichterkammer unter Androhung von Strafe in Höhe von 500 Mark für den Fall des Nichterscheinens nach Karlsruhe zu laden. Nun haben die Unternehmervertreter zum zweitenmal den

Billige Lebensmittel

Freitag — Samstag

Käse / Butter Vollflüssiger Camembert 6 teilig 36.7 Münsterkäse 1/2 Pfund 35.7 Tilsit 1/2 Pfund 40.7 Edamer in Stücken, 1/2 Pfd. 24.7 Liptauer 1/2 Pfund 25.7 Frische Topfbutter 1/2 Pfund-Stück 68.7 Frische Landbutter Pfd. 1.25 Eier-Makkaroni Pfund 48.7 2 Pfund 85.7 Grieß-Spaghetti Pfund 38.7 2 Pfund 73.7 Margarine 55 Pfund 28.7 2 Pfund 55.7 Rhabarber 3 Pfund 18.7	Frischer Spargel I. Sorte 40 Pfund II. Sorte 30 Pfund III. Sorte 12 Pfund Har. wozengrieb Pfund 24.7 Matzaffee Pfund 24.7 Weizenmehl 5 Pfund 88.7 Linsen Pfund 15.7 Weiße Bohnen Pfund 15.7 Rehschlegel u. Rücken Pfund 1.10 Masthühner Pfund 95.7 Junge Backhähnen Stück 1.45 Eis-Bonbons gewickelt 34 Pfund Frucht-Waffeln Pfund 68.7	Wurst- und Fleischwaren Landjäger 4 Paar 75.7 Stuttg. Knackwürste Pr. 25.7 Krautwurst Pfund 68.7 Dörrfleisch Pfund 75.7 Motzwurst Pfund 1.10 Schinkenwurst 1/2 Pfund 23.7 Thür. Roiwurst 1/2 Pfund 30.7 Fst. gekocht. Schinken Naturpökung 1/2 Pfund 60.7 Salatel Liter 48.7 Tafelöl Liter 65.7 Erdnußöl Liter 78.7 Kasserler Rippenpeper 85 Pfund Kopfsalat frisch, 3 Stück 18.7
---	---	---

Schlüchter auf den Sand gesetzt. Ihr Vorgehen — bei den Textilindustriellen des Münsterlandes hat es bereits Nachahmung gefunden — bedeutet nichts anderes als eine freche Herausforderung des Reichsarbeitsministeriums. Wir sind nun wirklich darauf gespannt, ob der Reichsarbeitsminister Stegerwald, der gegenüber den Arbeitern im Lohnabbau sehr oft eine sehr harte Hand gesetzt hat, nun auch den Mut hat, den Unternehmern, die ihn und das Schlichtungsamt förmlich verhöhnen, die Zähne zu zeigen.

Die Lohnabbaufelle im Malergewerbe

Wie bekannt steht das Malergewerbe seit 1. Mai im Zeichen des Lohnabbaues. Seit über 20 Jahren sind die Löhne im Gewerbe durch das Haupttarifamt geregelt worden. Den Arbeitgebern hat diese Regelung nicht mehr gefallen, sie leben ihre Zeit für gekommen, um die Notlage der Gehilfen durch herbeigerufen durch die soziale Arbeitslosigkeit in einer der brutalsten Art auszunutzen. Am 12. und 13. Mai fanden unter dem Vorsitz des amtlichen Schlichters Regierungsrat Nicauser zentrale Lohnverhandlungen statt. Da die Arbeitgeber nicht von der unverständlichen und in keiner Weise begründeten Forderung 22 Prozent bis 50 Prozent Lohnsenkung abgingen, hat der Schlichter einen Schiedspruch gefällt, welcher 16 Prozent Lohnabbau vorsieht, das ist ein Lohnabbau von 17 und gleich einem Stundenlohn von 89 Pf. Den Arbeitgebern ging dieser Schiedspruch nicht weit genug, sie lehnten denselben ab. Die Gehilfenentscheidung stimmte dem Schiedspruch zu und hat die Verbindlichkeitsklärung bei dem Reichsarbeitsministerium beantragt. Es ist festzustellen, daß die Arbeitgeber im Malergewerbe in Südwestdeutschland und insbesondere die badische Malermeister-Vereinigung, sich bei dem Lohnstreit als die reaktionärsten Schorimarier gezeigt haben. Wenn man sich die Reaktionsabläufe und die Preisentwertung im badischen Grenzland gegenüber dem Reich ansieht, so muß man feststellen, daß die badische Indexziffer um 4.7 Prozent höher steht als wie im Reichsdurchschnitt. Es ist daher der reaktionäre Standpunkt der Malermeistervereinigung nicht zu verstehen, zumal die Löhne in Baden im Malergewerbe immer um 10 bis 15 Pf. die Stunde niedriger waren als in den übrigen gleichalgerierten Städten Deutschlands. Der Schiedspruch sowie das rigorose Vorgehen der Arbeitgeber, die vor wie nach auf ihrem einseitigen Lohnabbau von 35 Prozent beharren, welche eine Lohnsenkung von wöchentlich 15.00 M. ausmacht, hat bei den Gehilfen eine starke Empörung hervorgerufen. Steht doch ein Malerachille mit dem höheren Lohn von 75 Pf. und die Stunde weiter unter dem Lohn eines Hilfsarbeiters, wozu ein Malerachille 4 Jahre lernen muß und durch die Verarbeitung von giftigen Farben und sonstigen schädlichen Materialien gesundheitlichen Gefahren ausgesetzt ist. Auch die Selbstlosigkeit hat ein Interesse daran, wie die Lohngestaltung in einem Gewerbe aussieht, es ist daher die Frage an sämtliche öffentlichen und privaten Auftraggeber zu richten: **find auch die Preise für die geleisteten Arbeiten durch die Arbeitgeber im Malergewerbe um 35% senkt worden?** auf diese Antwort sind wir gespannt.
Der Verband der Maler, Filiale Karlsruhe.

Manifest der englischen Gewerkschaften

WTB. London, 25. Mai. Der Generalrat des Gewerkschaftsverbandes und die Exekutive der Arbeiterpartei veröffentlichten ein Manifest, in dem erklärt wird, die Wiederherstellung des internationalen Vertrauens, die Voraussetzung der Überwindung der Wirtschaftskrise sei vollkommen unmöglich ohne Lösung des Problems der politischen Schulden, ohne Aufheben des übertriebenen Protektionismus, ohne Garantierung des Friedens in Ostasien gegen den japanischen Imperialismus und ohne wesentliche Erappe auf dem Wege der Abrüstung. Diese vier Fragen seien eng verknüpft. Das Manifest schließt mit einem Appell an die Arbeiterorganisationen, auf die Regierungen dahin einzuwirken, daß sie einen Abrüstungsvertrag entsprechend den Forderungen der Arbeiterbewegung und der sozialistischen Parteien der ganzen Welt abschließen.

Gemeindepolitik

Die Not der Gemeinden

Berlin, 26. Mai (Eig. Draht). Eine Reichskommission sozialdemokratischer Kommunalpolitiker, die am heutigen Donnerstag in Berlin tagte, nahm nach einem Referat des Berliner Stadtkämmerers Uch über „Die Gemeinden unter den Notverordnungen“ einstimmig folgende Entschlüsse an:
„In immer stärkerem Maße wälzt das Reich die Sorgen für die Unterhaltung der Arbeitslosen und anderer Hilfsbedürftigen auf die Gemeinden ab. Die Gemeinden waren infolgedessen auszunutzen, mit eiserner Energie ihre Steuern anzuspinnen und ihre Ausgaben abzustopfen. Dadurch wurden die Steuerlasten der arbeitenden Bevölkerung noch weiter erhöht, die sozialen Aufgaben der Gemeinden vernachlässigt, die Arbeitslosigkeit durch Drohung der öffentlichen Arbeiten vergrößert. Trotzdem hat sich die Finanzlage der Gemeinden immer gefährdender entwickelt. Sie ist so unheilbar geworden, daß sich endlich auch das Reich, das an der Notlage der Gemeinden den größten Teil der Schuld trägt, zu weitergehenden Hilfsmaßnahmen genötigt sieht. Der Reichsausschuß für Kommunalpolitik der Sozialdemokratischen Partei hält aber die in der geplanten Notverordnung vorgesehenen Maß-

nahmen für durchaus unzureichend. Er stellt vielmehr fest, daß es nur einen befriedigenden Ausweg aus dieser gefährlichen Lage gibt: Die von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund seit langem geforderte Verschmelzung von Kriegen- und Wohlfahrtsfürsorge unter voller Aufrechterhaltung der Arbeitslosenversicherung. Bei dieser Verschmelzung muß in erster Linie darauf geachtet werden, daß die Unterhaltungsarbeiten ein menschenwürdiges Dasein der Unterhaltungsunfähigen gewährleisten.

Andere Teile des Reichsausschusses für Kommunalpolitik der Sozialdemokratischen Partei die wichtigste Aufgabe in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit liebt. Ohne zu verkennen, daß die entscheidenden Voraussetzungen in der Überwindung der wirtschaftlichen Krise und in der außerpolitischen Verständigung liegen, ist er doch davon überzeugt, daß durch eine großzügige Arbeitsbeschaffungsaktion eine Minderung der Arbeitslosigkeit erreicht werden könnte. Bei dieser Aktion sind solche Arbeiten zu bevorzugen, bei denen der Anteil der Arbeit an den Gesamtkosten möglichst groß ist, wie Wohnungs- und Straßenbauten. Weiterhin muß im Rahmen der Aktion den Gemeinden ermöglicht werden, die Fürsorgearbeit und die Betreuung der Erwerbslosen durch produktive Schulung und Arbeit in ausreichendem Umfang durchzuführen.

Kleine bad. Chronik

Schweres Autounglück — Ein Toter

WTB. Bruchsal, 25. Mai. Auf der Landstraße zwischen Neuborf und Bruchsal ereignete sich heute abend ein schweres Autounglück. Ein Karlsruher Personenauto fuhr gegen einen Lastwagen. Dabei fand der Fahrer der Karlsruher Fabrikerei und Chemischen Maschinenfabrik in Karlsruhe, T. F. Meus, den Tod, während der mitfahrende Fabrikant P. P. Zeller aus Karlsruhe schwere Verletzungen erlitt und ins Karlsruher Krankenhaus gebracht werden mußte. Das Unglück ereignete sich gegen 6 Uhr. Am Ortsgang von Mannheim kommenden Lastwagen aus bisher unbekannter Ursache zusammen. Die Schuldfrage ist noch unklar.

Tödlicher Sturz aus dem Fenster

Karlsruhe, 25. Mai. Gestern abend gegen 11 Uhr wurde die älteste Einwohnerin von hier, Frau Berta K. v. einem Fenster des zweiten Stocks in den Hof, gegen Morgen um 5 Uhr verstarb sie an den Folgen des Unfalls.

Unmeterschäden

* Deitingen, 25. Mai. Die schweren, teilweise wolkigen druckartigen Regennüsse der letzten Tage sind in der hiesigen Gegend nicht spurlos vorübergegangen. Auf verschiedenen Stellen wurden die erst vor kurzem gesetzten Saatfelder in den Feldern und fortgeschwemmt. Die Saatfelder und Wiesenränder sind zum Teil durch die Wasserfluten schwer beschädigt worden, was in vielen Fällen haben die starken Regennüsse wesentlichen Schaden anrichtet.

Gütenbach, 26. Mai. Siskula.

Anfangs der Woche erlitt der vierjährige Tochter des Zimmermeisters Thom a einen Schlaganfall. Das Kind hatte ohne Kopfbedeckung längere Zeit in der Sonne gespielt. Es ist zur Zeit noch bewusstlos.

Ulm bei Oberlin.

des Brauereibesitzer Bauhöfer wurden dieser Tage zwei Drittel der neuangelegten Reben herausgerissen und mitgenommen.

Oppenau, 25. Mai. Gemeine Unterschlagungen.

Hier kam man zu Unterschlagungen des Sparkassenhilfskontrollers Sch. auf die Spur. Die Unterschlagungen sind um so gemeiner, als Sch. seiner Eigenschaft als Vorstandsmittglied des katholischen Sparvereins Spargelder der Gelehen für sich einbehielt. Die Unterschlagungen Gelder soll sich auf etwa 1000 M. belaufen. Die Angehörigen des Sch. wollen für die unterschlagenen Gelder haften.



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

27. Mai.

1892 Bombardier Post. — 1871 Franz. Revolutionäre Militäre erschossen. — 1910 Bakteriologe Robert Koch. — 1920 Lettland wird unabhängig. — 1920 Masarat wird Präsident der Tschechoslowakei. — 1931 Prof. Riccards Ballonauffstieg in die Stratosphäre.

Kinder durch explodierende Sprengkapsel schwer verletzt

Am Mittwoch nachmittag spielte in der Augartenstraße ein zehn-jähriger Knabe mit einer Sprengkapsel, die er im Rangierbahnhof gefunden haben will. Dabei explodierte die Kapsel, wobei dem Knaben die rechte Hand furchtbar verkrümmelt wurde und drei Finger verloren sein dürften. Drei andere Kinder, die dem Spiel zusahen, wurden ebenfalls an den Beinen, am Oberkörper, am Hals und am Kopf erheblich verletzt.

Wie zu dem Unglücksfall weiter zu erfahren war, hatte ein zehn-jähriger Knabe in den Gartenbrunnweien ein Holzstück gefunden, das verrostet war und das er mit nach Hause nehmen wollte. Er traf in der Südstadt andere Kinder und es wurde nun des Rüstchens geöffnet. Nachdem er es einige Male auf den Boden geschlagen hatte, gab es einen Knall und die im Rüstchen befindliche Sprengkapsel explodierte und zerbrach dem Knaben die rechte Hand. Drei andere Kinder erlitten schwere Verletzungen an den Beinen, am Hals und im Gesicht.

Sehr rüffelhaft bei der ganzen Sache ist die Herkunft des Rüstchens, über die noch völlige Unklarheit herrscht.

Verkehrsunfall mit Todesfolge

Am Mittwoch abend gegen halb 9 Uhr wollte ein Ehepaar auf Fahrtraden von der Kubollstraße in die Durlacher Allee einbiegen. Während der Ehefrau, der vorausfuhr, bereits die Durlacher Allee erreicht hatte, wurde die Frau von einem von ihr nicht beachteten Strahlenbahnwagen erfasst und eine größere Strecke weit geschleift. In schwer verletztem Zustand wurde die Frau in eine nahegelegene Wirtschaft gebracht, wo ihr von Polizeibeamten Notverbände angelegt wurden. Die Verletzungen waren jedoch derart schwerer Natur, daß die Bedauernswerte auf dem Wege zum Städt. Krankenhaus starb. Es handelt sich um die 37 Jahre alte Schneiderschneidwerkmeisterin Friederike Kupperer aus der Degenfeldstraße. Erkennungsdienst und Kriminalpolizei sind im Benehmen mit dem Bahnamt mit der Ermittlung der Ursache des schweren Unglücks beschäftigt.

Gesellschaftsfahrten auf dem Rhein bei Karlsruhe

Bedauerlicherweise hat in diesem Frühjahr die Rhein-Düsseldorf-Rheinbahn-Gesellschaft die regelmäßigen Ferienfahrten auf dem Oberrhein eingestellt. Damit ging die Möglichkeit verloren, weiten Kreisen unserer Bevölkerung die Schönheiten dieses noch urwüchsigem romantischen Rheingebietes zugänglich zu machen. Verlorene ging aber auch ein wertvoller Werbeeffekt für Mittelbaden. Man wird daher dem Verkehrsverein Karlsruhe dankbar sein dürfen, daß es ihm gelungen ist, ein größeres Motorboot wenigstens für Gesellschaftsfahrten von Karlsruhe aus rheinwärts und rheinabwärts zu interessieren, und so auch weiterhin die außerordentlich reizvollen Ausflüge auf dem schönsten deutschen Strom zu ermöglichen. Welch hervorragenden Genuß eine Fahrt auf dem Oberrhein am liebsten den verträumt stillen Wäldern, vorbei am sonnigen Rheinstrandbad Rappnau mit seinem regen Badebetrieb, vorbei an den niedlichen Harthöfen mit einem wunderbaren Ausblick nach den fern liegenden blaugrünen Höhen des Schwarzwaldes und der Oberardt auf beiden Seiten des Ufers dem Ausflügler zu vermitteln vermag, beweis die am Mittwoch nachmittag vom Verkehrsverein Karlsruhe veranstaltete Wetzlar- und Boppardfahrt mit dem Motorboot „Enderle von Reisch“ des Kapitän E. Imhof. Es wäre zu begrüßen, wenn die Einwohner der Landeshauptstadt in diesen Sommermonaten den Rhein recht häufig als Ausflugsziel wählen und sich dabei der Vermittlung des Verkehrsvereins bedienen würden, damit es vielleicht im nächsten Jahr wieder gelänge, einen regelmäßigen Ferienfahrtsverkehr auf dem Rhein nach und von Karlsruhe als dauernde Einrichtung zu schaffen.

Bereits am kommenden Samstag und Sonntag wird das Motorboot „Enderle von Reisch“ die ersten Nachmittagsrundfahrten auf dem Rhein abends und dem Rheine aufnehmen und in derselben Weise durchführen, wie die vorjährigen „Kaffeefahrten“, die stets starken Zuspruch fanden und immer ausverkauft verliefen. Am Samstag nachmittag von 3-5 Uhr wird die erste Fahrt ab Rheinbaben-Nordhafen vor sich gehen, am Sonntag nachmittag werden zwei Rundfahrten stattfinden, eine in der Zeit von halb 3 bis halb 5 Uhr, die andere von 5 bis 7 Uhr. Den Kartenvorverkauf besorgt ausschließlich der Verkehrsverein (Auskunftsstelle Kaiserstraße, Ecke Ritterstraße). Die Preise sind recht mäßig. Näheres beiliegend.

Soll der arbeitende Mensch Sport treiben!

Wenn man ihn fragt, antwortet der Mann: „Ich habe den ganzen Tag meinen Sport, das laufende Band sorgt auch für meine Bewegung“ und die Frau erklärt: „bis ich meine Hausabkaltung beiorat habe, ist mein Bedarf an Sport gedeckt“. Beide haben Recht und Unrecht. Recht insofern, als die tägliche Arbeit körperliche Ermüdung bringt. Unrecht aber, weil sie annehmen, Ziel des Sportes sei Anstrengung des Körpers bis zur Ermattung und Gliedererschmerzen und „Turnfieber“. Der Arbeiterport hat andere Ziele. Im Mittelpunkt des Arbeiterportes steht der Mensch. Der Arbeiterport will keinen Gipfelport, sondern einen vernünftigen Körperport. Die sportlichen Übungen sollen Körperbildung und geistige Ausspannung vereinen. Und diese Art von Sportausübung hat der arbeitende Mensch auch im zunehmenden Alter nötig.

Mit dem vierzigsten Lebensjahr bemerkt der Mensch an verschiedenen Zeichen, daß er nun einmal nicht mehr zu den Jungen gehört. Das Treppensteigen wird ihm schwerer, bei Wanderungen stellt er fest, daß Höhen, die er früher spielend nahm, mehr Anforderungen ans „Schnauzer“ stellen. Und da muß er etwas unternehmen. Nun wäre aber grundfalsch, wenn er wieder die Turnhalle aufsuchen möchte und versuchen wollte, die „Kippe“ oder „Schwungstemma“ und wie die schönen Geräteübungen heißen, wie in der Jugend zu üben. Gerade in diesem Falle würde sich nach dem Turnen „Turnfieber“ einstellen, das dem Menschen die Lust an weiteren Übungen nehmen würde. Die Übungen müssen auf andere Gebiete des Arbeiterportes verlegt werden. Männer und Frauen müssen vielseitige Gymnastik treiben, die Entspannung und Lockerung des Körpers bringen. Daneben müssen die in einem gewissen Verkrampftsein befindlichen Muskelgruppen gedehnt und die Gelenke gelöst werden.

Im Körper siedet nach der täglichen Arbeit Ermüdungssäfte. Die Gymnastik bringt hier den nötigen Ausgleich. Durch Zusammenziehen eines Muskels werden die Blutadern zusammengedrückt; das mit verbrauchten Stoffen beladene Blut wird zum Herzen gedrückt und dem sauerstoffreichen Blut wird das Nachströmen erleichtert, wodurch dem Herzmuskel rein mechanisch Arbeit abgenommen wird.

Das kommt, daß ein arbeitender Muskel mehr Blut braucht, als ein ruhender.

In der Freien Turnerschaft wird die Gymnastik nach den Regeln des Arbeiter-Turn- und Sportbundes in Gemeinschaftsübungen ausgeführt. Das gilt für den Sport der Männer und der Frauen. Die Ausführungen der Übungen nach dem Rhythmus der Musik oder des Gongschlages belebt ungemein und schüßt den Nervösen vor zu heftiger Ausübung und damit vor Ueberanstrengungen. Die Gemeinschaftsübungen bringen aber auch viele Freude.

Und darauf muß der reifere Mensch noch viel mehr als der jugendliche setzen, daß sein Sport ihm ein gerüttelt Maß Lebensfreude einträgt, ihn innerlich erhebt und geistig erneuert. Das braucht er von Jahrzehnt zu Jahrzehnt in höherem Maße. Denn nur aus Freude und Fröhlichkeit quillt jene innere Kraft, die auch den alternenden befähigt, die Widerstände des Lebens und alle Weltverdröbnisse zu meistern.

Der Sport darf aber nicht bis zu Ermüdungserscheinungen fortgesetzt werden. Von dem Moment an, wo Ermüdung mit Energie bekämpft werden muß, hat die sportliche Bedeutung für den reiferen Menschen ihren Sinn verloren. Gymnastik treiben, heißt Gesundheit häufen!

Jeder denkende Mensch wird nun nachprüfen, ob er das getan hat, was er seinem Körper schuldig ist. Und er wird finden, daß er die Pflicht hat, seinen Körper beweglich und widerstandsfähig und seinen Geist frei und froh zu gestalten.

Es ist kein Zufall, daß sich in letzter Zeit eine starke Beteiligung der Männer und Frauen in den Abteilungen der Freien Turnerschaft gezeigt hat. Tut desgleichen! Kommt zu uns zum Turnen und zum Sport! Macht euch frei!

Turnabende der Freien Turnerschaft: Dienstag abends 6-10 Uhr Schüler, 10-12 Uhr Erwachsene in den Turnhallen der Uhlände, Tulla, Gutenberg- und der Harbtschule. Mittwoch abends 8-10 Uhr Turnfrauen in der Goethehalle. Donnerstag abends 6-10 Uhr Schülerinnen, 10-12 Uhr Turnfrauen in der Tulla- und Harbtschule. 10-12 Uhr Männer und Sportler in der Goethehalle. 10-12 Uhr Frauen in der Karl-Wilhelm-Schule. Freitag abends 6-10 Uhr Schülerinnen, 10-12 Uhr Turnfrauen in der Gutenberg- und Uhlände.

Goldregen

Nun blüht ein Strauch nach dem andern. Ist die Zeit des Blüteners da, so will auch der Goldregen nicht mehr warten. In lauen Trauben hängen seine Blüten vom Busche herab.

Nach ist das ganze Gefüge des Strauches. Die biegsamen Zweige sind lang und schlank. Die schmalen grünen Blattspreiten stehen dreizählig an feinen Stengeln. Ungeheiß sind diese: manche länger, andere kürzer. Eine ganze Zahl von ihnen, — sechs, neun oder noch mehr — gehen von einer Stelle des Zweiges aus und richten sich nach den verschiedensten Seiten. Alle Gräser sind bei den Blättern vertreten, von den kleinsten, noch der Länge nach zusammengefaßten, bis hin zu den größten, die fast fingerlang werden. Die Stiele verjüngen sich, alles Blattwerk auseinander zu schieben.

Weit auseinander stehen auch die Blüten. Die Traubenäste strecken sich lang und schlank. Sie neigen sich anfangs gleich nach unten und macht an der Spitze noch wieder einen Bogen. So kommt ein großer, feiner Schwung heraus. Auch das Schmelzen nach unten ist geschieht ganz langsam. Nach allen Seiten von der Ähre aus gehen wieder dünne Stielchen ab, deren jedes eine gelbe Blüte trägt.

Querf erhäben die oben stehenden. Man muß sie von unten betrachten. Dann sieht man die Schmetterlingsblüte mit dem großen, längsgekniffen, oberen Blütenblatt, das wie ein Dach die anderen Organe der Blüte schützt; mit den beiden schlanken, an der Spitze gefrümmten, seitlichen Blütenblättern, und — wenn man die Ähre durchdringt — dem Schiffe in der Mitte. Dieses erst trägt die Fortpflanzungsorgane. Bräunliche Streifen des Deckblattes weisen zu ihnen hin.

Nach unten zu sind die Blüten anfangs noch geschlossen. Dann haben sie die Form kleiner, gelber Schoten, die, leicht gebogen, leicht absteigen. Am Stielende sind sie vom blaugrünen Kelche eingefaßt.

Eine ganze Stufenleiter der Blütenentwicklung läßt sich verfolgen. Ganz klein zuerst sind die an der Spitze stehenden Blüten, während sie in der Traubenmitte schon bedeutend größer dastehen und am oberen Ende gar voll erblüht sind. Oben hat sich auch die Ähre am meisten gereicht, daß alle fertigen Blüten weit auseinander stehen. Die Knospen nach unten zu sind noch ein wenig enger zusammen.

Der Goldregenbusch hängt ganz voll von Blütentrauben. Im letzten Luftzuge schwanen sie hin und her. Auch die Blätter machen die sanfteste Luftbewegung mit. Und weil die gelben Blüten so locker stehen, daß überall das Grün darunter sichtbar bleibt, darum umwirbt der Strauch den Eindruck, als sei hier von oben nach unten ein wenig Gold hängen geblieben, — als habe es Gold geregnet.

Aufruf

Von der Landesarbeiterwohlfahrt in Mannheim ergeht an uns ein Aufruf, den Arbeiterfamilien der völlig stillgelegten Glasindustrie in Thüringen zu helfen! Wie wollen wir helfen? Es sollen in Karlsruhe vielleicht 20 Kinder der ärmsten Thüringer Arbeiterfamilien während der Dauer der örtlichen Erholungsfürsorge im Waldheim, kostenlos untergebracht werden. Die Fahrkosten aus Thüringen hierher übernimmt die Landesarbeiterwohlfahrt.

Es fehlt nur an Unterkunfts-möglichkeiten in Familien für die Kinder. In Anbetracht der besonderen Notlage der Familien in Thüringen bitten wir herzlich alle Genossen und Genossinnen, welche noch irgendwo in der Lage sind, ein Kind zur Uebernachtung über einige Wochen aufzunehmen, sich bei uns zu melden.

Große Unkosten entstehen dem Einzelnen nicht, da die Kinder tagsüber im Waldheim untergebracht und verpflegt werden. Wir nehmen aber durch unsere praktische Hilfsbereitschaft allen Familien eine sehr große Sorge von das körperliche und geistliche Wohlergehen ihrer Kinder ab. Jede Arbeiterwohlfahrt im Lande Baden wird sich an dieser Hilfsaktion beteiligen.

Um diese Sache bis zum Beginn der Sommerferien regeln zu können, bitten wir nochmals um baldige Anmeldungen. Arbeiterwohlfahrt Geschäftsstelle Karlsruhe alter Bahnhof (Hfl. F. 1461)

Die Polizei berichtet:

Diebstähle

In den letzten Tagen wurden mehrere Fahrräder, ein Kinderwagen und ein Korb mit Gemüse von bis jetzt unbekanntem Täter entwendet.

Unerlaubtes Fischen

Wegen unerlaubten Fischens in der Nähe von Daxlanden gelagert mehrere Personen zur Anzeige.

Wilde Hunde

Die Polizei mußte in den letzten Tagen in sechs Fällen gegen Hundebesitzer einschreiten, die der Vorschrift wider ihre Hunde nicht mit einem Maulkorb versehen hatten. Da verstoßend gegen Personen von bezüglichen Hunden gebissen wurden, mußte ein Strafverfahren wegen fahrlässiger Körperverletzung eingeleitet werden.

Korrigierte Schnellrichter-Urteile

Im. Wegen unbefugten Zettelanklebens stand der Finanzreferent Otto Kuhnert von hier vor der 3. Strafkammer (Vorstrafenrat Landgericht 1. S. 2). Der Angeklagte hatte während der Wahlkampf zur Reichspräsidentenwahl nationalsozialistische Zettel an dem Besirksam, am Badenwert und Café Roland angebracht und war vom Schnellrichter seinerseits hierwegen zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt worden. Er hatte gegen das Urteil Berufung eingelegt. Die Strafkammer änderte auf seine Berufung das Urteil des Schnellrichters dahin ab, daß es eine Geldstrafe von 100 Mark statt der Gefängnisstrafe sei und sich bisher straflos gehalten habe. Verfassung gebe jedem Beamten das Recht der freien politischen Ueberszeugung, aber dieses Recht dürfe jedoch nicht dazu mißbraucht werden, die gesetzlichen Bestimmungen zu übertreten. Es war zu berücksichtigen, daß er wegen dieses Vorfalls seines Dienstes enthoben wurde, was schon eine empfindliche Beeinträchtigung seines Einkommens darstelle.

Einige weitere Angeklagte, der Maler Friedrich Walter in Straßburg, der Monteur Hans Müller aus Gernsbach, der rationalsmaler Ernst Götz und der Schlosser Erwin Dölle in Durlach, die wegen unbefugten Zettelanklebens vom Schnellrichter zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt worden waren, erließen den ihre Berufung die Umwandlung in Geldstrafen von 6 und 12 Mark. (Mit diesen Urteilen der Strafkammer unter Vorsitz des Vorsitzenden Otto Brähler brachten angenehme Abwechslung.)

(1) Der hiesige Mandolinenverein „Edelweiß“ bereite am Samstag den 26. des Monats des Städtischen Altersheims wieder einen musikalischen Abend. Der Verein ist den alten Leuten schon seit altbekannt und immer gern gesehener Gast, der es auszusprechen versteht, seine Zuhörer zu fesseln. Zwei Baritonisten des Vereins Otto Brähler brachten angenehme Abwechslung.

Verammlung. Man schreibt uns: Am kommenden Sonntag den 29. ds. Mts., mittags 2 1/2 Uhr, findet laut Inserat eine Versammlung aller von Geburt an Verkrüppelten und Beschädigten sowie auch solcher, die erst im späteren oder spätem Alter erkrankt wurden, mit Ausnahme der Kriegsgeschädigten, im Gartenamt des Friedrichshofes statt. Einberufen ist der Landesverband Baden des Selbsthilfebundes der Körperbehinderten. Was will die Versammlung? Er will den Behinderten, ob Mann oder Frau, ob Alt oder Jung, den Menschen im Verkrüppelten, in seinen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen erfassen und zur höchstmöglichen, vollkommnen bringen. Er will ihn zu unterrichten veranlassen, die Anfertigung von Hilfsmitteln wie Brotbeln, Gelbfächer, etc. in der Fabrik des Selbsthilfebundes der Körperbehinderten. Was will die Versammlung? Er will die Belange der Behinderten in die Öffentlichkeit zu vertreten bei Reichs-, Landes- und Kommunalbehörden, in der Weise, daß in diese Versammlung, ohne Unterchied des Religionsbekenntnisses und politischen Denkens, um auch zu informieren Zweck und Ziele des Bundes. Keiner darf fehlen.

Die Harmoniekapelle spielt im Stadtpark. Die Freunde unserer schönen Stadtparks und seiner Konzerte seien darauf aufmerksam gemacht, daß am kommenden Samstag nachmittags, 28. ds. Mts. von 15.30 bis 18 Uhr die beliebte Harmoniekapelle unter der Leitung von Duao Kuboldig ein Konzert ausführen wird. Bei dem Programm stehen hervorragenden Konzertprogramm und der Besichtigung dieser Kapelle dürfte der Stadtpark an diesem Samstag nachmittags der Treffpunkt vieler sein. Die Eintrittspreise sind bekannt billigen; Kinder zahlen keinen Musikzuschlag.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Unsere nächste Parteiverammlung findet am 15. Juni statt. Die Genossen Schuler und Stenz werden über „Freie Arbeiterbewegung“ referieren. Wie machen schon heute auf unsern äußerst interessanten Abend aufmerksam.

Bezirk Südstadt

Mittwoch, den 1. Juni, in der „Deutschen Eiche“, Hauptstraße 60, um 20 Uhr, Bezirksversammlung für den Bezirk Südstadt mit Lichtbildvortrag des Genossen Wenner über die Einführung in die Volkswirtschaft. Wie erlangen um vollständiges Gelingen.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Das Wetter blieb auch in den letzten beiden Tagen kühl und unbeständig mit zeitweiligen Regenschauern. In Nordbaden gesehrt stellenweise Gewitter auf. Die Zufuhr moritum Regenluft ist immer noch nicht beendet, so daß auch morgen noch ein feiner nennenswerter Besserung zu rechnen ist.

Wetterausichten für Samstag, 28. Mai. Zeitweise heiter, noch unbeständig und vereinzelt leichtere Regenschauer. Temperaturen vorerst wenig verändert.

Wasserstand des Rheins

Basel 130; Waldsbut 338; Schusterinsel 203; Rehl 348; Mannheim 420 Zentimeter.

EISERNE FRONT KARLSRUHE

J. 8. 2

Freitag abend 19.15 Uhr Verammlung in der Strohenbleute haben für reiflichen Besuch zu sorgen.

Wohin? Zur Hausweihe der Freien Turner K.-Bülach am 28. u. 29. Mai 1932 Sportplatz unterhalb Scheibenhart

Schiffspielhäuser

Die Residenz-Schiffspiele

Selbst heute das große Ufa-Konzertspiel: „Es wird schon wieder besser“ mit Dora Paas und Heinz Wilmann in den Hauptrollen. Dieses neue Lustspiel ist ein Film von Willy Roser...

Eine Sensationsgroßtat des Deutschen Schiffspiel-Ensembles „Es geht um Alles“, als neuartige Schöpfung des jungen Konfirmationsführers Max Kallied...

In den Kammer-Schiffspielen

Auch, wie uns die Direktion schreibt, „Katerin Eltsabeth von Denezsch“ als Sprich- und Konflikt, vollständig neu gedreht...

Vorankündigungen

Freitag, den 27. Mai 1932:

Reichliches Landestheater: Der Wildschütz, 20 Uhr. Kammer-Schiffspiele: Goethes Frühjahrsraum, 17 und 20.30 Uhr.

Aus der Stadt Durlach

Aus der Stadtratsung vom 25. Mai

Die Erstellung eines Kleideraufbewahrungsraumes im städtischen Schwimmbad, Aufwand 600 M., wird genehmigt. Das städtische Anwesen, Lindenstr. 5, wird an Gustav Liebe verkauft...

Marktberichte

Durlacher Viehmarkt am 25. Mai. Aufgetriebene Tiere: Kühe 65, Kalbinnen und Rinder 12, Rälber 14; verkaufte Tiere: Kühe 60, Kalbinnen und Rinder 8, Rälber 14...

Jugend

Ablenkung durch Spiel und Sport

Vor einigen Tagen brachte die Arbeiterzeitung unter obiger Überschrift einen Artikel über das JdU-Jugendtreffen in Freiburg. Die JdU-Jugend führte Pfingsten in Freiburg ihr Gaujugendtreffen durch...

Wer 2 Jugendliche für den JdU gemorben hatte, brauchte ebenfalls die Fahrt nicht zu bezahlen. Dennoch der klägliche Versuch...

Als Jugendmitglied des JdU Ortsgruppe Karlsruhe will ich dieser Arbeiterzeitung erwidern, daß über 600 Jugendliche nach Freiburg gekommen sind und darauf sind wir stolz...

Von einer Ablenkung durch unsere Gewerkschaftsführer auf Spiel und Sport kann gar keine Rede sein. Das Programm des Jugendtages hat die Jugend selbst aufgestellt...

Am Schluß des Artikels fordert die Arbeiterzeitung etwas von einer Einheitsfront. Darauf will ich erwidern, daß wir Jugend vom JdU in einer Einheitsfront sind...

Gleichnis

Einft las ich in der Schule die Legende Von jenem neunmal klugen Schulse Hoppe...

Er sende Sonnenschein und sende Regen, Ganz wie die Leute es verlangen...

Da macht ihn Gott der Herr zum Meister Des Welters. Und nach eigenem Ermessen Schickt er zur Erde Sonn' und Regengeister...

Die Halme wuchsen und das Land engelte Durch seine Pracht, die seines goldnen Rauchs...

Nun schollen der Enttäuschung Mogen Und Schulse Hoppe ward gerichtet. Allein das Volk, das war betrogen Und seine Ernte blieb vernichtet.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle und Beerdigungen. 24. Mai: Emilie Münch, alt 43 Jahre, Witwe von Wilhelm Münch, Kaufmann. Beerdigung am 27. Mai, 12 Uhr Feuerbest.

Die Pflicht

gebetet den Parteilosen, nur in den Geschäften zu kaufen, die im Volksfreund inserieren...

Friedr. Söpper

Klassen-Lotterie Karlsruhe, Reisinger-Str. 2a. 348 000 Gewinne, 2 Prämien zu je 500 000 RM.

III. Klasse Ziehung

15. und 16. Juni. Schluß der Erneuerung Mittwoch, den 8. Juni.

Letzte Nachrichten

Simaitis zurückgetreten

MEMEL, 26. Mai. Wie das Memeler Dampfboot meldet, hat Landespräsident Simaitis heute vormittag dem Gouverneur des Memelgebietes, Golos, das Rücktrittsgesuch des Memelbirektoriums überreicht...

Abkommen über die amerikanischen Befugungskosten

WASHTON, 27. Mai. Nach Blättermeldungen aus Washington hat der deutsche Botschafter gestern ein deutsch-amerikanisches Abkommen unterzeichnet...

Englisch-amerikanische Vereinbarung

LONDON, 26. Mai. (Eig. Draht.) Die amerikanische und englische Regierung werden in den nächsten Tagen eine Vereinbarung zur Regelung der Nachzahlungen der während des Hoover-Moratoriums aufgelaufenen Annullitäten der englischen Kriegsschulden an die Vereinigten Staaten unterzeichnen...

Diese Vereinbarung ist eine reine Formsache. In ähnlicher Weise wurden im letzten Sommer Abmachungen getroffen, wie die während des Feterjahres suspendierten Reparationsabnahmen erledigt werden sollen...

Neue Regierung in Griechenland

ATHEN, 26. Mai. (Eig. Draht.) An Stelle der zurückgetretenen Regierung Venizelos ist am Donnerstag ein Kabinett Pananastasiou getreten. Pananastasiou ist der Gründer und Führer der republikanischen Union...

Der 4. Juli 50 Pf. die Seite Vereinsanzeiger Der 5. u. mehr Seiten 60 Pf. die Seite

Karlsruhe. Naturfreunde. Heute, 20 Uhr, Monatsversammlung. 2984. Ufa, Kranken- u. Sterbekasse d. Metallarbeiter (VdU). Wir machen auf unsere diesjährige, am Samstag, den 28. Mai, abends 8 Uhr im „Volkshaus“ stattfindende Mitgliederversammlung...

Advertisement for Leipheimer & Mende featuring a logo with 'LM' and '14'. Text includes 'Größte Auswahl auffallend billig', 'Bademantelstoffe', 'Bademäntel', 'Frottierwäsche', and 'Leipheimer & Mende'.

